

Bezugspreis:

Belegblätter 6,75 Mk. monatlich 2,25 Mk. ...

Telegramm-Konten:

„Sozialdemokratisches Veritas“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 21. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Danzig soll deutsch bleiben!

Ein Telegramm der Reichsleitung.

Die polnischen Bestrebungen, Danzig und damit den Mündungshafen der Weichsel in die Grenzen des neuen polnischen Staates einzubeziehen, hat in Westpreußen und im Reich eine sehr bemerkenswerte Erregung hervorgerufen.

Die Volkbeauftragten Ebert und Haase telegraphierten dem Danziger Magistrat: Die Reichsregierung hält es für ihre Pflicht, die deutsche Stadt Danzig zu schützen und alles aufzubieten, um sie dem Deutschen Reich zu erhalten.

Preußen und die polnischen Wahlen.

Das preussische Ministerium des Innern hat vorläufig die Wahlen angewiesen, die von der polnischen Regierung in Warschau ausgeschriebenen Wahlen, die den Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages Hohn sprechen, nicht zu gestatten.

Foch und die deutsche Revolution.

Keine Anerkennung der neuen deutschen Gesetze.

Der „Reichsbote“ meldet aus Kaiserslautern: Die französische Militärverwaltung vertritt den Standpunkt, daß alle seit dem 11. November erlassenen Gesetze der deutschen Regierung oder der Republik Bayern nichtig sind.

Ein englischer General über den deutschen Zusammenbruch.

Zürich, 20. Dezember. Aus London wird der „Neuen Zürcher Zeitung“ von ihrem Vertreter telegraphiert: General Maurice, der über die Ursache des deutschen Zusammenbruchs ein Buch geschrieben hat, betont, in englischen Militär- und Marinekreisen besteht, was die deutsche Flotte anbelangt, ein Gefühl der Mißbilligung für die Matrosen, weil sie revolvierenden und dann ihre Schiffe dem Feinde auslieferten, anstatt dem Tode zu trohnen.

Für diesen Militaristen, der den Krieg als schönen Selbstzweck betrachtet und der unseren schlimmen, nunmehr erledigten Kriegswüterichen das Wasser reichen kann, gilt das Wort, daß eine Krähle der anderen die Augen nicht ausbaldet.

Es wird auch in England Leute geben, die seine Neubergerungen auf Konto buchen.

Ein A. und K. Geschäft in sich.

Wien, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Abend“ berichtet, daß der gewesene General-Artillerie-Inspektor Feldzeugmeister Erzherzog Leopold Salvator, kaiserliche und königliche Hoheit, im Jahre 1914 wie auch später mit dem Staat große Geschäfte in Trodengemüse gemacht hätte, und zwar habe er für viele Millionen Kronen Trodengemüse geliefert und dafür noch maßlose Ueberpreise erhalten.

Sehen Sie, das ist ein Geschäft!

Das Ende des Kongresses.

Der Kongreß der A. und S.-Räte Deutschlands ist gestern in früherer Nachmittagsstunde nach einem kraftvollen Schlußwort Leinerts mit einem Hoch auf die deutsche sozialistische Republik geschlossen worden.

Der Antrag der Soldaten, eine Einigung zwischen Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialdemokraten herbeizuführen, gehörte, wie von verschiedenen Seiten richtig hervorgehoben wurde, nicht zu den Zuständigkeiten des Kongresses.

Es ist übrigens kennzeichnend, daß es neben den Soldaten eine Frau war, die mit der größten Wärme für die Einigkeit eintrat. In den Schichten, die von den kleinsten Behältnissen des Parteikampfes am wenigsten berührt werden, ist das gesunde Denken am stärksten.

Der Verlauf des Kongresses hat gezeigt, daß unter den A. und S.-Räten die Marke Neufölln eine durchaus vereinzelte Erscheinung ist. Merkwürdiges Widerspiel! Die da riefen: „Alle Macht den A. und S.-Räten!“ haben das „Mädelstern“ heillos kompromittiert, aber die Sozialdemokraten haben sein Ansehen wiederhergestellt.

Konstituierung des Zentralrats.

Der neu gewählte Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands hat sich am 20. Dezember, nachmittags 4 Uhr, in einer Sitzung konstituiert und zu Vorsitzenden die Genossen Leinert, Hannover, Cohen-Reuß und Hermann Müller gewählt.

Der neu gewählte Reichsvollzugsrat hielt am Freitag in der Reichslanzlei seine erste Sitzung ab.

Ausdehnung der Unfallversicherung.

Die Unfallversicherung ist bekanntlich durch Verordnung vom 12. Oktober 1917 auf diejenigen Gesundheitsbeschädigungen ausgedehnt worden, die bei Herstellung von Kriegsbedarf durch nitrierte Kohlenwasserstoffe entstehen und zum Tode führen.

Reformen in Belgien.

Ausdehnung des Wahlrechts. — Beseitigung des Sprachenparagrafen.

Amsterdam, 20. Dezember. Nach einer Privatmeldung aus Brüssel hat König Albert gestern eine Abordnung der Kammer und des Senats empfangen.

Rheinisch-Westfälische Republik.

Aus Köln wird uns geschrieben:

Ob man sich in allen Kreisen der Reichshauptstadt die richtige Vorstellung von dem Umfange der Bewegung für und wider die rheinisch-westfälische Republik zu machen weiß? Es ist die Frage, die im Westen, zumal im besetzten Rheinlande, seit Wochen die gesamte politische Bewegung beherrscht.

Außerhalb der affektierten Zone ist beinahe ausschließlich nur von den großen Kundgebungen des Kölner Zentrums für die rheinisch-westfälische Republik Kenntnis genommen worden. Wir großdeutschen Sozialdemokraten haben aber keineswegs die Proklamation des Separatismus, auch wenn er sich nur „im Rahmen des Deutschen Reiches“ betätigen will, widerprückslos hingenommen.

Wenig ist die Auffassung, als seien unter den Gründern der rheinisch-westfälischen Republik in erster Linie die westdeutschen Schwerindustriellen und die Finanziers. In den kapitalistischen Kreisen sind die Meinungen sehr geteilt.

Das Zentrum, als die Triebkraft der ganzen Bewegung, speist seine leidenschaftliche Agitation unter dem täglich wiederholten Schlagwort „Los von Berlin“ mit den kirchenpolitischen Erlassen und Plänen Adolf Hoffmanns und mit dem „Terror“ in Berlin.

Erstklassigen Politikern außerhalb des Zentrums kommt man mit der Gefahr, die dem linken Rheinufer durch die französischen Annerionsgefühle drohen solle. Sehr gut unterrichtete Männer verbreiten in vertraulichen Beratungen unter Nennung ihrer Gewährsmänner, die sehr ernst zu nehmen sind, die Behauptung, daß zwischen England und Frankreich ein Abkommen über die Angliederung des linken Rheinufers an Frankreich getroffen oder doch so gut wie getätigt sei.

Der lautiische Kehler des Kölner Zentrums, auf eigene Faust die Propaganda für das neue Staatswesen zu eröffnen, hat das Schlagwort „Zentrumsrepublik“ gewählt und alle Zentrumsneuer aufgerufen. Daraus hat das Zentrum gelernt.



achten. Die erste spielt mit dem lächerlichen Gedanken, den verflochtenen unreaktionären preussischen Landwirtschaftsminister Schorlemer-Beser zum Präsidenten der Republik zu machen; die andere will den Kölner Oberbürgermeister Adenauer auf den Schild erheben. Soffentlich ist aber in Westdeutschland überhaupt kein Präsidentenamt zu vergeben.

Zunehmend: die Gefahr ist sehr groß. Sehr gut unterrichtete und unabweisbar großdeutsche Politiker halten die rheinisch-westfälische Republik für unvermeidlich, wenn nicht bald in Berlin „Ordnung“ eintritt, d. h. durch die Nationalversammlung eine allgemein anerkannte Regierung geschaffen wird. Links vom Rhein rufen alle Parteien — die drei Tausend Sozialisten ausgenommen — nach dem raschen Zusammentritt der Nationalversammlung.

Es ist gut und loblich, wenn wir von Berlin aus zum Kampfe gegen die rheinisch-westfälischen Sonderbestrebungen aufgerufen werden. Wir haben gar nicht bis zu diesem Rufe gewartet. Aber wir entgegnet insbesondere der Linken in der Regierung: macht in Berlin zunächst eine Politik, die der Reichseinheit dienlich ist, nicht aber sie zerstört. Oder: was hülfle es euch, wenn ihr ganz Berlin gewonnen und Süd und West und Ost unter der Parole „Los von Berlin“ die Reichshauptstadt und ihre „Rote Fahne“ dem „Siege“, dem Hunger und dem Einmarsch der Entente überliehen.

## Die neueste Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen.

### Der Todesstoß für unser Wirtschaftsleben.

Die Franzosen haben der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa neue Forderungen von unerhörter Schwere überreicht.

Sie verlangen, daß Deutschland die Gütenwerke und Fabriken Elsaß-Lothringens und der benachbarten Gebiete mit Kohle und Kohlenstoffe versorgt. Angefordert werden für die Eisenzeugung in den genannten Gebieten aus dem rechtsrheinischen Kohlenrevier täglich 10500 T. Kohle, die wesentlich mit der Eisenbahn herangeführt und für die Eisenzeugung dienen sollen. Für die anderen Werke der Gebiete soll die notwendige Kohlen- und Koks menge von 3500 T. täglich auf dem Wasserwege geliefert werden. Dazu kommen noch Kohlenlieferungen für die Besatzungsstruppen.

Außerdem verlangte die französische Vertretung die Lieferung von Fabrikaten und Material und die „Müderstattung“ des den Werken entnommenen Materials. Auf Grund dieser Forderungen sollte die deutsche Regierung alle Bestellungen auf Erzeugnisse und mechanisches Material ausführen und liefern lassen, welche ihr durch Vermittlung des Comptoirs des chambres de commerce d'Alsace et de Lorraine für den Unterhalt oder die Verbesserung der Einrichtungen und des Materials der Gütenwerke im oben erwähnten Gebiete aufgegeben würden, die Maschinen deutscher Herkunft besitzen.

Die deutsche Regierung sollte ferner der interalliierten Waffenstillstandskommission schleunigst alle offiziellen oder privaten Aufzeichnungen über diese Gegenstände und die darauf bezüglichen Verträge übermitteln. Beauftragte der französischen Regierung sollten in Deutschland an Ort und Stelle diejenigen Feststellungen und Nachprüfungen vornehmen, die zweckdienlich sein würden. Damit wäre natürlich jeder Handelspionage Tür und Tor geöffnet.

Im Falle der Nichtbefolgung dieser drakonischen Vorschriften wurde in der französischen Wunschliste „sofortige Anordnung von Gegenmaßnahmen“ angedroht.

Die deutsche Wirtschaftskommission erklärte sich trotz der krassen Einseitigkeit dieser Forderungen zu ihrer Erörterung nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit bereit. Der französische Oberst Mercier, der von der Gegenseite als Sachverständiger entsandt war, brach jedoch die Verhandlungen brüsk ab, indem er die Antwort der deutschen Waffenstillstandskommission für Ablehnung seiner Forderungen erklärte. Er verlangte darauf Spaa.

## Erziehung zum Sozialismus.

Von Martha Steinhilber.

Wer heute im Familien- und Freundeskreise über die Sozialdemokratie und ihre Ziele, über Arbeiter und Arbeit spricht — und wer tut dies nicht —, dem wird es immer klarer zum Bewußtsein kommen, daß in weiten Kreisen der Bürgerschaft, vor allem bei den bisher politisch gleichgültigen Gruppen der Frauen und Jugendlichen, eine fast völlige Unkenntnis alles dessen herrscht, was Bedeutung und Wesen der Arbeiterklasse, seine Bestrebungen und seine Erfolge, seine Lebensverhältnisse und seine Forderungen ausmacht. Schule und Haus haben bisher wenig dafür getan, den heranwachsenden Staatsbürger mit der Biologie des Arbeiters bekannt zu machen. Eltern und Lehrer behielten das Kind des gebildeten Mittelstandes ängstlich vor jeder Berührung mit der arbeitenden Klasse und zogen eine willkürliche Grenze zwischen ihr und der eigenen Klasse als einer überlegenen, stillschweigend und geistig vollkommenen Menschengattung.

Dieses Mißverhältnis muß beseitigt werden und soll einer verständnisvollen Erkenntnis alles dessen weichen, was die Welt dem Arbeiter verdankt, was sein Wesen ausmacht, was er gestiftet und erkämpft hat. Stattlichen Überzeugen, aber sie erwärmen nicht; doch die Kunst öffnet die Herzen wie die Augen. — Und die Kunst der letzten Jahrzehnte spricht viel vom Arbeiter und für die Arbeiter. Sie bietet eine unendlich reiche Stofffülle, die in geeigneter Form und zur rechten Zeit dargeboten, dem besten und entscheidenden Einfluß auf die Jugend sein wird.

Man hänge in die Schulklassen statt der Schlachtenbilder Menckels „Eisenwalzwerk“ und Constantin Meuniers „Hochofenleute“. Man lese in den oberen Schulklassen statt der „Luthers Hauptmanns Weber“. Man spreche in den Geschichtsstunden mehr von den friedlichen Errungenschaften auf den Gebieten der Technik und der Industrie als von kriegerischen Eroberungen. Der Soldat — der Mann der Jertidung — fand solange als Held im Mittelpunkt der kindlichen Sehnsucht und Eroberung, mag nun der Arbeiter — der Mann des Schaffens — für eine Weile seinen Platz einnehmen. Es gibt in der Geschichte der menschlichen Arbeit und ihrer Vertreter wahrlich genug dramatische und sittliche Momente, um der Jugend Anteilnahme abzugewinnen und sie erzieherisch zu beeinflussen.

Noch haben wir keine künstlerisch wertvollen Jugendschriften über das Leben und die Taten hervorragender Arbeiterführer und Freiheitskämpfer. Schreibt sie! Schafft Anthologien, Spruchsam-

## Die Verfassung der Deutschen Bundesrepublik

L. N. Düsseldorf, 20. Dezember. Aus den vierstägigen Besprechungen, die in der vorigen Woche zwischen dem Staatssekretär des Innern Dr. Preuß und deutschen Kapazitäten des Staatsrates über den Ausbau der neuen deutschen Reichsverfassung in Berlin stattfanden, teilten die „Düsseldorfer Nachrichten“ mit: In den Beratungen wurde eine wesentliche Klärung über die künftige Gestalt der Reichsverfassung herbeigeführt. Die Gesichtspunkte, auf die man sich einigte und auf die die verschiedenen Denkschriften aufgebaut werden sollen, gehen ungefähr dahin: An die Spitze der Reichsregierung tritt ein gewählter Präsident, dessen amtliche Befugnisse nach der verfassungsdrechtlichen Seite hin ungefähr in der Mitte liegen sollen zwischen den Rechten, die verfassungsmäßig dem Präsidenten der Vereinigten Staaten einerseits und dem König von England andererseits zustehen. Dieser Präsident wird sich dann sein Kabinett nach streng parlamentarischen Grundsätzen selbst zusammenstellen, in bewährter Abwechslung also von amerikanischen Verhältnissen. Daneben wird nach dem Muster des deutschen Bundesrates, wie er unter dem alten Regime bestand und auch jetzt noch amtiert, ein Staatenhaus aus Bevollmächtigten der verschiedenen Bundesrepubliken gebildet werden, das ungefähr dem amerikanischen Senate entsprechen dürfte und das, entgegen den Befugnissen des Bundesrates, weniger ein Organ der Verwaltung als der Gesetzgebung bilden wird.

Die Reichsregierung wird scharf unitarisch sein, jedenfalls in weit höherem Maße als unter dem alten Regime. Dabei aber soll die Zentralisation nicht soweit getrieben werden, daß etwa die Selbständigkeit der einzelnen Bundesrepubliken aufgehoben wird. Gewisse kulturelle, wirtschaftliche und soziale Gebiete werden deren Verwaltung reserviert, andere dagegen, wie Eisenbahnen, Heereswesen, Postwesen, Postwesen, Steuerwesen usw., sollen der Reichsverwaltung zustehen. Wieviel Bundesrepubliken gebildet werden sollen, steht noch nicht fest. Man glaubt aber, daß man ungefähr auf 14 bis 15 deutsche Bundesrepubliken zählen kann.

Die Grenzen der einzelnen Republiken werden sich vorwiegend nach dem bisherigen Territorialbestand anderer Bundesstaaten, wie z. B. Bayerns, nicht kaum geschlossen in die Form einer neuen Bundesrepublik übergeben. Vielleicht wird sich der Kern des früheren Königreiches Bayern mit Deutsch-Oesterreich verbinden, während Franken sich einer anderen Republik anschließen. Seitens der Reichsregierung soll jedoch auf diese Um- und Neubildungen keinerlei direkter Einfluß oder gar Zwang ausgeübt werden. Im Gegenteil, man wird abwarten, ob und wie sich derartige Bestrebungen aus den verschiedenen deutschen Volkstämmen und Bevölkerungsgruppen selbst heraus kristallisieren und wie sich darauf beschränken, solche Bestrebungen, sofern sie wirtschaftlich und kulturell zweckmäßig erscheinen, wohlwollend zu unterstützen. Vom unitarischen Standpunkte aus war die Konfession der Ansicht, daß an sich zum Beispiel die Bildung einer rheinisch-westfälischen Bundesrepublik durchaus begründbar sei, und ebensowenig wäre dagegen einzumenden, wenn sich z. B. Erfurt einer Bundesrepublik Großhüringen anschließen oder in Sachsen und Ostpreußen entsprechende Sonderbildungen ständen würden. Man glaubt, daß bei der scharfen unitarischen Zusammenfassung der ganzen Reichsverwaltung sich irgendeine Gefahr einer Sonderpolitik aus diesen Bestrebungen nach Neubildung von Bundesrepubliken nicht ergeben wird.

## Die Aufgaben des Demobilisationsamts.

### Schlechte Aussichten auf Arbeitsgelegenheit.

Dr. Koeth, Staatssekretär des Demobilisationsamts, hielt vor Vertretern der Presse einen Vortrag, worin er u. a. ausführte: Das Ziel des D.-A. ist, in der Wirtschaft des alten Systems die Menschen, soweit es möglich ist, vorläufig notwendig unterzubringen und die vor dem Zusammenbruch stehende Wirtschaft nicht völlig zusammenbrechen zu lassen. Es großen Problemen hat sich das D.-A. also nicht zu befassen. Es will keine Experimente der Sozialisierung machen und auch keine

lungen, Kalendarien, die täglich und stündlich zu den Kindern reden — von dem, was der Arbeiter der Welt bedeutet!

Mit ganz anderem Verständnis wird eine so vorbereitete Jugend dann die großen Werke der Arbeiterdichter aller Völker lesen — Jolas „Germinal“ und Gorkis „Mutter“, Jonas Lies „Lebenslänglich verurteilt“ und George Moores „Eisener Waters“. Sie wird sich von den Zeichnungen der Käte Kollwitz nicht nur mit Schrecken und Mitleid erfüllen lassen, sondern die Kraft und Würde erkennen lernen, die Arbeit und Kampf uns Dasein verleihen.

## Platz für die Musikschaffenden!

Vor etwa 10 Jahren fand das Philharmonische Orchester vor der Auflösung. Da bewilligte die Stadt Berlin ihnen eine jährliche Beihilfe von 60000 M. mit der Bedingung, daß ein Volkskonzert zu einem ganz geringen Eintrittspreis zu geben, sich verpflichteten. Niemand in der Welt dürfte man seit dem ein so ausgezeichnetes Orchester für einen so geringen Preis zu hören bekommen für die Erziehung, Erbauung und Bereicherung des Volksgeschmackes war damit viel erreicht. Nur eines bedremdet.

Es ist selbstverständlich, daß wie in der Literatur, so auch in der Musik die Künstler eine große Rolle spielen. Wer sollen die lebenden Künstler vollkommen unberücksichtigt bleiben? Haben diese nicht das Recht auf Vorführung ihrer Werke, namentlich von einem Institut, zu dem die Stadt einen jährlichen Beitrag leistet? Wer die Schwierigkeiten der Komponisten, ihre Orchesterwerke zu hören, kennt, der wird sicher dafür eintreten, daß auch nach dieser Richtung hin Reformen unbedingt nötig sind. Jetzt läßt sich das Philharmonische Orchester für eine Orchester-Aufführung mit einer Probe etwa 2000 M. zahlen; rechnet man die Saalmiete und andere Ausgaben hinzu; so kostet ein Konzert in der Philharmonie rund 3000 M. Von diesem Betrage muß der arme Komponist die Hälfte oder noch mehr bei der Agentur im voraus erlegen. Man wird begreifen, daß ein armer Teufel (und das sind die Komponisten fast durchweg) nicht in der Lage ist, eine solche Summe aufzubringen. Die Folge davon ist, daß nur vermögende Komponisten ein Konzert geben können, in dem sie ihre Werke der Kritik und dem Publikum zur Beurteilung vorführen. Hat nun ein Komponist das langsehnte Konzert erreicht und haben seine Werke der Kritik und dem Publikum gefallen, so werden sie noch lange nicht vom Philharmonischen Orchester ins Repertoire aufgenommen, es sei denn, daß der Komponist abermals blutet.

Sind das nicht unerträgliche Zustände, die das Komponieren von Orchesterwerken zum Sport reicher Leute machen? In anderen Orchestern kommt es so, wenn auch selten, vor, daß eine Neuheit gedruckt wird; das hängt aber von der Gnade des Dirigenten ab; und diese wird nur da erteilt, wo Beziehungen irgendeiner Art vorhanden sind. Was dem Vater oder Bildhauer, der seine Werke der Kritik und dem Publikum vorführen kann, recht ist, das sollte

Ubergangswirtschaft im Sinne der Aufgaben des Reichswirtschaftsamtes treiben. Das D.-A. treibt zunächst eine Revolutionswirtschaft. Wenn wir die hinter uns haben, dann kann die Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft umgestellt werden.

Zunächst hat das D.-A. Arbeitsgelegenheit zu schaffen für die aus den Rüstungsbetrieben ausscheidenden und für die aus dem Heeresdienst freierwerbenden Arbeiter. Die Möglichkeit, Arbeiter in der Industrie unterzubringen, ist wegen des Mangels an Kohlen und Rohstoffen nur gering. Gerade an heimischen Rohstoffen leiden wir Mangel, weil die Beschaffung derselben von der Kohle abhängig ist. In der Industrie werden deshalb

für etwa sechs Monate nur 25—30 Prozent

der Arbeiter Beschäftigung finden können. Soweit es den Umständen nach möglich ist, werden Staatsaufträge (für Eisenbahnbedarf usw.) vergeben werden. In die Freiheit der Privatunternehmer, sich Aufträge zu verschaffen, soll nicht eingegriffen werden.

Wenn die Arbeiter jetzt hohe Lohnforderungen stellen, so ist das eine Kriegsfolge. Man soll deswegen nicht Steine auf die Arbeiter werfen. Die Unternehmer der Kriegsindustrie hatten ja während der Kriegsjahre einen gesicherten Absatz und Gewinn. Sie gingen auf den Rücken des Staates einher. Jetzt muß ihre Selbständigkeit wieder herbeigerufen werden. Je mehr das geschieht, desto mehr werden die Schäden der gegenwärtigen Zeit behoben werden können.

Bei der Erteilung von Aufträgen wird sich das D.-A. der zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften abgeschlossenen Arbeitsgemeinschaft bedienen. Die aus der Arbeitsgemeinschaft hervorgehenden Fachgruppen der einzelnen Industriezweige sollen als Selbstverwaltungskörper benutzt werden, die die Aufträge in ihrem Industriezweige umzusetzen haben. Dabei sollen die Fachgruppen zusammenwirken. Damit eine gerechte Verteilung der Aufträge gewährleistet wird, will das D.-A. eine technische Abteilung einrichten, die darüber zu wachen hat, daß die Aufträge der ganzen zu ihrer Ausführung fähigen Industrie zu kommen. Die Produktion hat sich in erster Linie auf landwirtschaftliche Maschinen, Verkehrsmittel und den Schiffbau zu richten. Zunächst muß die Arbeit gestreckt werden. Erst später kann an eine Steigerung der Produktion gedacht werden. In der Industrie können die Massen der Arbeiter, die jetzt zur Verfügung stehen, nicht untergebracht werden. Sie müssen in weitem Umfange zum

Abzug aus den Großstädten

Bewegt werden. Am nötigsten sind sie im Kohlenbergbau und in der Land- und Forstwirtschaft. Auch das Gebiet der Koloniarbeiten, zu denen keine Rohstoffe gebraucht werden, bietet Arbeitsmöglichkeit. Die Arbeitgeber in der Landwirtschaft dürfen nicht nur ihre eigenen Interessen im Auge haben, sondern sie müssen die Allgemeininteressen berücksichtigen. Sie werden außerdem die Löhne zahlen und gute Unterkunft bieten müssen.

Das D.-A. wird demnächst eine Verordnung erlassen, welche regeln soll, wieviele Arbeiter in den industriellen Betrieben bleiben können, unter welchen Bedingungen der Unternehmer sie zu beschäftigen hat und wieviele aus den Betrieben auszuscheiden haben.

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben hat das D.-A. zu rechnen mit der Sorge der Unternehmer, die die Dinge immer noch nach dem Maßstab von 1914 betrachten und den Wunsch haben, daß alles so geht, wie sie haben wollen. Sie werden sich gewöhnen müssen, die Dinge anders zu sehen und sich entschließen müssen, eine Revolutionswirtschaft zu treiben. Auf der anderen Seite sind die hohen Lohnforderungen der Arbeiter den Aufgaben des D.-A. hinderlich. Die hohen Lohnforderungen sind berechtigt, aber es ist anzunehmen, daß die Arbeiter selbst nicht glauben, die hohen Löhne erhalten zu können. Die Widerstände, welche das D.-A. von den Unternehmern und von den Arbeitern zu erwarten hat, können nur durch Aufklärung gebrochen werden. Ein brutaler Zwang würde unheilvoll wirken. Die Regelung der Lohnhöhe soll erfolgen durch Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften, durch den Ausbau der Tarifverträge.

Ein drittes Hindernis, welches der Erfüllung der Aufgaben des D.-A. entgegensteht, ist der Mangel an Autorität der staatlichen Organe. Erst wenn wir wissen, wo die Gewalt ruht, kann das D.-A. seine Aufgaben erfüllen.

Wenn es nicht gelingen sollte, Auffklärung zu verbreiten und die Beteiligten zu der Erkenntnis bringen zu können, was notwendig ist, dann sieht es für unser Wirtschaftsleben übel aus. Wir haben den Willen — so schloß der Redner —, unter keinen Umständen unser Volk unkommen zu lassen. Der Wille gibt die Hoffnung, daß es gelingt.

doch auch dem Komponisten billig sein. Das Philharmonische Orchester sollte endlich seine Kräfte auch den schaffenden Komponisten zugänglich machen. Ähnliches wie für das Philharmonische Orchester gilt auch für die Oper, deren militärisch-autokratisches Regiment hoffentlich für immer beseitigt ist. Möchten die neuen Leiter sich ein Beispiel nehmen an der rührigen Verwaltung des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg, das mit weit geringeren Mitteln jährlich eine Anzahl neuer Werke in vorzüglicher Ausführung bringt und durch bescheidene Eintrittspreise nicht nur den reichen, sondern auch den minderbemittelten Leuten den Genuß einer guten Opern-Vorstellung ermöglicht. — R. J.

## Notizen.

— Gastspiele von der Front heimgekehrter Schauspielern, die von der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger veranstaltet werden, finden bereits an den beiden Weihnachtsfeiertagen und am Sonntag, den 29. d. M., nachmittags, bei halben Preisen im kleinen Schauspielhaus statt. Die Aufführungen bringen „Widenerbruders“, „Gaudenslerche“ an den beiden Feiertagen und Halbes „Jugend“ am Sonntag.

— Freie Volkshäuser. Oskar Fried wird das am Neujahrstage im großen Saale der Philharmonie stattfindende Konzert leiten. Reichens Egmont-Oberstüre und die neunte Symphonie gelangen mit dem Berliner Volkshor und dem Philharmonischen Orchester zur Aufführung.

— Tanzkunst. Ruch Kieselhausen bringt am 26. Dezember im Reichshofsaal u. a. folgende neue Tänze: Japanische Tangtänze „Am Teich“, „Auf leichten Fühen“ von Erik Kener-Helmund, die Werber von Janner und eine neue Mazurka. Ein zweiter Abend findet am 28. Dezember im Büchsenstraße statt. — Diamette Hildegard gibt einen zweiten Abend mit klassischen, modernen und orientalischen Tänzen am 28. Dezember im Theater-saal der Hochschule für Musik.

— Briefe Wagners an Lilly Lehmann, sowie Niederbandschriften von Ludwig und Robert Franz hat Lilly Lehmann der Musikalienabteilung der Preussischen Staatsbibliothek in Berlin (der früheren Kgl. Bibliothek) geschenkt.

— Staatsankäufe. Auf der Herbstausstellung der Berliner Seession hat das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgende Werke angekauft: Paul Bach: Sommertag, Charlotte Berend: Kleine Portrat, Prof. Linde-Balther: Der Holzschneider, Erich Haske: Neckenburgische Landschaft. Die Ausstellung bleibt am 1. Feiertag geschlossen, am 2. Feiertag ist sie von 10—2 Uhr geöffnet.

— Das Kaiser-Friedrich-Museum erwarb ein Werk des bedeutendsten deutschen Malers des 19. und 20. Jahrhunderts, des Adam Elsheimer: ein Pflücker. Dieser reizvolle Kleinmeister, der von 1576 bis 1630 lebte und auf Rubens und Rembrandt gewirkt hat, ist nun nirgends so gut kennen zu lernen, wie in der Berliner Galerie.



Die Schlussitzung des Kongresses.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Schred. Viefefeld: Die Sozialisierung kann nur das Ergebnis einer organischen Entwicklung sein. Es ist gar nicht wahr, daß die Massen kühnlich und ungebildig nach der Sozialisierung streben. (Widerspruch.) Wer im praktischen Leben nicht weiß, daß es sich immer nur um das Streben nach höheren Löhnen handelt. (Sehr richtig! und Unruhe.) Dieses Streben wird von bestimmten Leuten dazu ausgenutzt, um in die ganze Bewegung destruktive Erscheinungen hineinzutragen. Wir sind schon soweit gekommen, daß ganz ziellos ohne jede Anbörderung der Gewerkschaften Lohnforderungen gestellt werden. Geht das so weiter, so nähern wir uns bedenklich den Gelben. Unfassbar ist der Zustand, daß in den Großstädten die Arbeitslosenfiguren steigen, während es auf dem Lande und im Bergbau an den notwendigen Arbeitskräften fehlt.

Schred. Viefefeld (Unabh.): Der Vortrager hat unrecht, die Massen nehmen sich nach sofortiger Sozialisierung. Wenn jetzt in der Arbeiterschaft das Streben nach höheren Löhnen vorüber ist, so muß man dafür nach den natürlichen Ursachen suchen. Auch wir wehren uns gegen die Ansicht, daß die Revolution nicht weiter sei als eine Bewegung zur Erzielung höherer Löhne. Wir wissen auch, daß den Arbeitern nicht jeder Lohn bewilligt werden kann. Aber die wirtschaftliche Macht müssen wir ergreifen, wollen wir nicht die politische Macht wieder verlieren. (Sehr richtig!)

Ein Mitglied der Soldatenfraktion betont, daß die Sozialrevolution nach anderen Gesetzen erfolgt als die politische Revolution. Die Welt weiß, daß die deutsche Sozialdemokratie für die großen sozialen Probleme ihre ganze Kraft einsetzt. Zu ihrer Verwirklichung aber nötig, daß wir uns von allem Putschismus freistellen.

In der weiteren Aussprache wurde die sofortige Sozialisierung des Bergbaus wiederholt gefordert.

Mittel. Berlin bezeichnet es als eine Selbstverständlichkeit, daß in einer sozialistischen Republik alles, was für die Sozialisierung wirksam ist, auch sozialisiert wird. Aber die Sozialisierung muß vernunftgemäß erfolgen, nicht gewaltsam von heute auf morgen. Der Redner spricht dann eingehend für die Sozialisierung des Theaters.

Vollbeauftragter Scheidemann: Wir haben den dringenden Wunsch, daß Sie uns nur nach unseren Taten beurteilen, und Sie werden in kürzester Zeit die beste Gelegenheit haben, um zu sehen, daß wir auch auf diesem Gebiete entschlossen sind, das Beste zu tun. (Beifall.)

Damit schließt die Aussprache.

Hilferding nimmt im Schlußwort zu den Anregungen der Redner Stellung und warnt noch einmal vor der Annahme, als ob mit der Sozialisierung nun sofort auch eine Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter verbunden sei. Die Voraussetzung für eine Hebung der materiellen Lage der Arbeiter sei eine vermehrte Gütererzeugung, die wir im Augenblick aber in Deutschland nicht haben. Es bedarf einer geraumten Zeit, bis wir in Deutschland die Produktion wieder in Gang bringen können. Deshalb wird unter Umständen die Sozialisierung für die Arbeiter ein Opfer bedeuten. Das Industriesystem, die für die Sozialisierung reif sind, sozialisiert werden müssen, versteht sich von selbst. Die Gefahr der ausländischen Konkurrenz darf auch nicht übersehen werden. In allen Ländern wird die Arbeiterkraft nach dem Siege eine Erhöhung der Löhne verlangen, und wir müssen der englischen, französischen und amerikanischen Arbeiterschaft hierbei den besten Erfolg. Kommt es aber auch in diesen Ländern zu Lohnerböhen, dann ist und der Wettbewerb wesentlich erleichtert. Wir müssen energisch, aber auch besonnen an der Sozialisierung arbeiten. (Beifall.)

In der Abstimmung gelangt ein Antrag der Reichs- und Soldatenräte den Rat der Volksbeauftragten ersucht, mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere im Bergbau, unzugänglich zu beginnen. Ein Antrag der Unabhängigen, der eine etwas strengere Fassung empfiehlt, war damit erledigt. Angenommen wurde eine Entschließung der Unabhängigen auf Festlegung von Mindestlöhnen und des achtstündigen Arbeitstages für die Bergarbeiter. Gleichfalls Annahme fand ein Antrag der Soldatenfraktion auf baldigen Erlass eines Heimstättengesetzes und auf Förderung der Heimstättenbewegung durch eine Notverordnung noch vor der Nationalversammlung.

Zu Mitgliedern des Zentralkomitees sind gewählt worden: Leinert, Hannover, Mayer-Ostfront, Jäger-Ostfront, Strube-Westfront, Borchmann-Westfront, Cohen, Pfaff, Marine, Hermann Müller, Berlin, Zwosa-Kürnberg, Schäfer-Köln, Rahmann-Dresden, Herbert-Sieitin, Lampel-Domburg, Stuberi-Ehlingen, Dörner-Karlruhe, Knoblauch-Tarmstadt, Haller-Berlin, Protsch-München, Börschel-Köln, Weigand-Freiburg, Voigt-Breslau, Fuchs-Hamburg, Schwab-Brandenburg, Grzinski-Köln, König-Dortmund, Haase-Westfront und Bender-Vernburg.

Ein Antrag der Unabhängigen, der in den Garnisonen die Kommandogewalt in die Hände der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte legen wollte, war in den Fraktionen nochmals zur Besprechung gestellt worden. Das Ergebnis war, daß beide Fraktionen einen gemeinsamen Antrag vorlegten: „In den Garnisonen wird die militärische Kommandogewalt in ständiger Einberufung mit der Obersten Kommandowalt von den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten ausgeübt. Die militärischen Angelegenheiten, die allen Garnisonen gemeinsam sind, werden von dem Träger der Obersten Kommandogewalt im Einvernehmen mit einem Delegierten in den Garnisonen erledigt.“ Dieser Antrag gelangt mit großer Mehrheit zur Annahme.

Ein Antrag der Soldatenfraktion, der allen Beamten, vor allem dem Post- und Eisenbahnpersonal für die so vorläufige Erfüllung aller Dienstverpflichtungen den Dank des Kongresses ausdrückt, wird einstimmig angenommen.

Ein weiterer Antrag der Soldatenfraktion fordert ein gemeinsames Vorgehen der beiden sozialdemokratischen Parteien im Wahlkampf.

Berger-Leipzig hält den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte für unauflöslich, sich mit einer so rein politischen Angelegenheit zu beschäftigen — Severing-Viefefeld schließt sich an.

Heilmann (Soldatenfraktion) tritt in lebhafter Rede für den Antrag ein. Die Soldaten haben

kein Verhängnis für den Bruderkampf,

auch soweit sie die Kriegspolizei Scheidemanns beurteilen. Jetzt nach Beendigung des Krieges liegt gar kein Grund mehr zu einer Spaltung wegen der Kriegspolizei vor. (Austimmung.) So denken Millionen von Soldaten. (Großer Beifall.) Die Unterschiede sind gar nicht mehr so groß. Rot und Weiß müssen so schnell wie möglich beieinander werden. Im Kampf gegen den Kapitalismus können wir uns den Luxus des Bruderkampfes nicht mehr erlauben. (Großer Beifall.) In diesem historischen Augenblick sollten sich die beiden Parteien wieder zusammenschließen. (Lebhafter Beifall — Lärmende Kundgebungen gegen die Mehrheitssozialisten bei den

Linksradikalen und den Tribünenbesuchern.) Das ist die Folge, wenn wir nicht einheitlich in den Wahlkampf ziehen. (Demonstrativer Beifall bei der Mehrheit.)

Lebebour: Was der Antrag der Soldatenfraktion will, ist schön und gut. Im Zusammenarbeiten mit den Arbeitern müssen wir sie für den von uns betriebenen entschiedensten sozialrevolutionären Kampf gewinnen, aber nicht Verschmelzung oder gemeinsame Listen, wie auch Dittmann empfohlen hat. (Dittmann: Nein, das habe ich nicht, ich habe nur die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes des Proletariats betont. — Gegenruf aus der radikalen Ecke: Mit Scheidemann?) Mit Ebert, Scheidemann und Landberg, den Hauptschuldigen daran, daß der Kapitalismus den Krieg überleben konnte, in ein Kabinett einzutreten, war der schwerste Fehler unserer Freunde von der U. S. P. (Stürmischer Beifall bei den Radikalen. Lebhafter Widerspruch der Mehrheit.) Die Ueberrumpelung durch Lüdemann (lebhafter Widerspruch der Mehrheit, erneuter kühnlicher Beifall bei den Radikalen) und

die Vergewaltigung durch diese unaufgeklärten Leute

(Redner weist auf die Soldaten, neue stürmische Beifalls- und Widerspruchskundgebungen), die noch unter der Verhöhnungspfunde leiden (andauernde lärmende Unterbrechungen von beiden Seiten), die beweisen, daß die Zeit für die Einigung erst da ist wenn auch diese unaufgeklärten Leute den Sinn der Revolution erkannt haben. (Stürmischer Widerspruch der Mehrheit, großer Beifall bei den Radikalen, Rufe von dort und von den Tribünen: man müsse die Volkvertreter hinausjagen.)

Das Wort erhält jetzt Volksbeauftragter Scheidemann. Die Radikalen brechen in unaufhörliche Beschimpfungen aus, wie Kriegshörer, Volkverräter, Lump, Schuft und dergleichen mehr, ihre Gefinnungsgenossen auf den Tribünen überließen sie durch wahre Gräueltaten der Pöbelhaftigkeit, er wird gepöffelt, und zwar nicht bloß einfach mit dem Munde, sondern auch auf Haus-schlüsseln und, wie deutlich herauszuhören ist, auch auf mitgebrachten Waffenhüben gepöffelt. — Die Mehrheit antwortet auf diesen wüsten Lärm, indem sie Scheidemann mit kühnlichem Beifall und anhaltendem Händeklatschen begrüßt.

Scheidemann: Der soldatische Redner für den Zusammenschluß hatte zweifellos die besten Absichten und sprach aus seinem Herzen heraus. Aber es ist zweifellos auch richtig, wie die einzelnen auch stehen mögen, ob sie ihrer Meinung durch geistige Argumente oder durch Pfeifen Ausdruck zu geben belieben, daß der jetzige Räsonnäre unmöglich in eine rein parteipolitische Auseinandersetzung eintreten kann. Hier ist ein objektives Urteil unmöglich. Alle Bemühungen nach dieser Richtung haben bisher immer nur das Gegenteil von dem erzielt, was sie wollten. (Rufe der Radikalen unten und oben: Erst muß Scheidemann wegl!)

In einer halben Stunde geht es soweit zum Essen.

(Große Heiterkeit, neues Gebrüll.) Der Erfolg des Einigungsantrages war diese Auseinandersetzung und die letzte Rede Lebebour. Herausgekommen ist höchstens eine neue Zuspitzung der gegenseitigen Abneigung jedenfalls hat die Arbeiterbewegung gar nichts dabei gewonnen. Es zeigt sich nur wieder, daß so manche Genossen trotz dem Kapitalismus zu bekämpfen, die Arbeiterschaft auseinanderbringen. (Neues Gebrüll. — Zwischen Ruffel-Leipzig und einiger Dresdener Reichstägern kommt es zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Ruffel beschuldigt einen der Dresdener, als Hausknecht aufgetreten und Ruffel hinausgeschmissen zu haben. — Der Lärm wird immer ungeborener.) Scheidemann wartet einige Zeit und erklärt dann, daß er trotz seines guten Organs darauf verzichte, den Kampf gegen die Drüller aufzunehmen. Er schließt mit den Worten:

Die Antwort, die Sie von mir nicht hören wollen, werden Ihnen am 19. Januar die deutschen Arbeiter geben! (Stürmischer Beifall der Mehrheit, Lobhudeleinflüsse der Radikalen.)

Lampel-Hamburg (Soldatenfraktion): Da unsere Resolution auf so unfruchtbaren Boden gefallen ist, ziehen wir sie zurück, ich bitte aber meine Freunde von der Soldatenfraktion, an der Fest- und Silberfront das hier Gesagene bekanntzugeben, damit die Soldaten die Antwort darauf geben können. (Lebhafter Beifall. — Der Volksbeauftragte Paris gerät in große Aufregung und muß offenbar dem Redner, heftig gestikulierend, erwiderte Vorwürfe. Andere treten dazu und es gibt an der rechtsseitigen Regierungsbank eine kühnliche Auseinandersetzung.)

Eine weibliche Delegierte — bei ihrem Erscheinen am Rednerpult ertönt ein veräppelter Pfiff von der Tribüne — fährt aus: Daß zum erstenmal in einem deutschen Parlament eine Frau das Wort ergreift, das ist wohl ein Beweis der neuen Zeit. Die Revolution kann nur gesichert werden, wenn die großen Massen der noch indifferenten Frauen mit dem Sozialismus vertraut gemacht werden. Die vier Wochen bis zur Wahl müssen zur intensiven Propaganda für den Sozialismus ausgenutzt werden.

Ihr habt die Macht, aber nur wenn ihr einig seid!

(Stürmischer Beifall.)

Die geeinte revolutionäre Fraktion wünscht den zurückgezogenen Einigungsantrag wieder aufzunehmen. Der Kongreß beschließt aber, diese Debatte nicht wieder zu beginnen.

Es geht ein Antrag der Unabhängigen Fraktion ein, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung unverzüglich wieder aufzunehmen.

Beider-Ebenich begründet diesen Antrag, insbesondere damit, daß der geringe Rücktransport unserer Truppen und des Heeresmaterials aus Osten zu gesichert werden müssen. Wenn etwa die Entente gegen die Wiederherstellung der auch für unsere Wirtschaft unentbehrlichen deutsch-russischen Beziehungen etwas einzuwenden hat, so soll sie das öffentlich vor den Arbeitern ihrer Länder erklären. (Beifall.)

Der Antrag wird, nach einer Geschäftsordnungsdebatte mit großer Mehrheit dem Rat der Volksbeauftragten überwiesen. (Lärm bei den Radikalen.)

Lüdemann-Berlin (S. D. P.) — von den Radikalen mit dem Ruf „Generalkriegsrufer“ empfangen — erjucht die Delegierten, in ihrer Heimat dafür zu wirken, daß die Eingriffe örtlicher Räte in Lebensmitteltransporte und in die Einfuhrorganisation endlich einmal aufhören.

Samidi-Rheinland erklärt, daß sich diese Anschuldigungen im Rheinland als haltlos erwiesen hätten, als sie nachgeprüft wurden.

Ein Telegramm des Arbeiterrats G'ou'au protestiert dagegen, daß die preussische Regierung Hirsch-Dreitscheid den reaktionären Landrat, den Urheber des Blutbades vom 7. November, dem Kreise mit Gewalt wieder aufzutragen wolle.

Die Garnison Frankenstein in Schlesien protestiert drohend gegen die Angriffe auf Offiziere und Unteroffiziere und verlangt sofortiges Einschreiten gegen Liebkecht und Genossen. (Gesächter der Radikalen, Rufe: Gegenrevolution. — Das Telegramm ist vom A. und S. Rat untergeleitet.)

Abgeordnete des Berliner Volksgenrats überreichen ein Protokoll, dessen Verlesung Leinert ablehnt, weil der Inhalt den Kongreß nichts angehe. (Lebebour: Aber sehr! Es ist ein Protest gegen die Vergewaltigung von Soldatenräten.) Leinert stellt fest, daß das Protokoll nicht vom Volksgenrat selbst eingereicht ist.

Schlussrede.

Borj. Leinert: Wir haben keinen Beratungsstoff mehr. (Zuruf der Radikalen: Den haben Sie unterschlagen!) Diese Verhandlungen werden im Gedächtnis jedes Delegierten haften. (Lebhafter Zustimmung.) Aber sie werden auch eine gewaltige Nachwirkung haben weit über das deutsche Volk hinaus auf die Arbeiterklasse der ganzen Welt. Die außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen bilden meines Erachtens bei einer solchen Revolution gar keine besondere Erscheinung. Dieses Parlament ist zusammengetreten, um die Revolution zu festigen und zu sichern. (Zuruf der Radikalen: Es hat sich bis auf die Knochen blankiert!) Die Einsetzung des Zentralkomitees gibt uns die Gewähr, daß die Regierung nur im Sinn der deutschen Arbeiterklasse arbeiten kann. (Stufe der Radikalen: Der Konterrevolution!) Noch niemals hat das deutsche Volk vor einer so schwerwiegenden Entscheidung gestanden, wie von jetzt in vier Wochen. Zum erstenmal wird nach dem Wahlrecht gewählt, das die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten gefordert hat, und jetzt hat das deutsche Volk Gelegenheit,

die sozialdemokratischen Forderungen zu verwirklichen.

Die Frauen und die Wähler unter 24 Jahren müssen in diesen vier Wochen sich mit der revolutionären Politik gründlich beschäftigen, um bei der Stimmabgabe das zu befolgen, was die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte seit dem 7. November für das deutsche Volk geleistet haben. Unsere Besprechung der Sozialisierung hat gezeigt, daß wir in dieser großen ersten Frage einig sind. Bewunderungswürdig hat sich das deutsche Volk in die Prinzipien der Revolution gefunden. Der feindliche Imperialismus hat über Deutschland gesiegt und wir haben zu verhindern, daß der imperialistische Kapitalismus Englands, Frankreichs oder Amerikas über unsere Ertragsmassen triumphiert oder das so schwer getroffene deutsche Volk zum Objekt seiner Bedrückung und Ausbeutung macht.

Nicht Auslösung, sondern Dinaufführung des deutschen Volkes und Deutschlands zur höchsten Kultur, zu Glück und Freude wollen wir, damit es auch die Liebe zur Arbeit, zur Arbeit nicht für Kapitalisten, sondern für sich selbst gewinnt. Das revolutionäre sozialistische Deutschland, die geeinte sozialistische Republik Deutschland lebe hoch! (Die Delegierten bringen ein dreifaches Hoch aus.) Der Kongreß ist geschlossen.

Schluß gegen 8 Uhr.

Groß-Berlin

Truppeneinzug in Berlin.

Um zu vermeiden, daß der Einmarsch der Truppen mit der Veranstaltung zur Beerdigung der am 6. Dezember in der Chausseestrasse Gefallenen zusammenfällt, ist der Einmarsch der 1. Garde-Reserve-Division auf Sonntag verschoben. An diesem Tage marschiert die 1. Garde-Reserve-Division in Berlin ein, also folgende Regimenter: Das 1. und 2. Garde-Reserve-Infanterieregiment, das Reserve-Infanterieregiment Nr. 84, eine Schwadron des 1. Garde-Dragonerregiments und eine Abteilung des 3. Garde-Artillerieregiments, die 2. Kompanie des Pionierregiments Nr. 28 und eine Pionierkompanie 178. Der Einmarsch geht durch Kurfürstentum — Hofjägerallee — Charlottenburger Chaussee — Unter den Linden — Kaspargraben — Dorothienstraße — Puffenstraße — Karlstraße — Kniebühl — Egerzierplatz. Die Begrüßung findet um 1 Uhr nachmittags am Pariser Platz statt.

Zu den Vorgängen am 6. Dezember.

In Nr. 179 des „Reichsgesetzblattes“ ist die folgende Verordnung veröffentlicht:

Der Rat der Volksbeauftragten beantragt hiermit,

- 1. Den Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann,
2. den Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg,
3. den Walter Bergmann
schleunigst Vorbereitung eines eventuellen ordentlichen gerichtlichen Verfahrens der Vorgänge am vergangenen Freitag und die damit zusammenhängenden Vorgänge zu untersuchen.

Den drei genannten Personen werden hiermit Vollmachten sowohl hinsichtlich von Zivil-, als auch Militärpersonen verliehen, die nach der Reichsstrafprozessordnung der Untersuchungsrichter hat. Soweit die Strafprozessordnung eine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft vorseht, wird vorliegend davon Abstand genommen. Die drei genannten Herren insoweit selbst zu entscheiden.

Berlin, den 10. Dezember 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Ebert. Haase.

Wir empfehlen den Genossen, die zur Ermittlung der Hintergründe politischer Unternehmungen irgendwelche sachdienlichen Mitteilungen machen können, dieselben der Untersuchungskommission bei ihren Sitz im Herrenhaus, Zimmer 8, hat, oder einem der in der Verordnung genannten Genossen schnellstens zukommen zu lassen.

Für die Aufstellung der Wählerlisten zur Nationalversammlung

sind in Berlin bekanntlich die Hauseigentümer zur Mitwirkung herangezogen worden. Der Nationalrat hat ihnen Hauslisten angeordnet, in die alle Wahlberechtigten Bewohner der betreffenden Häuser eingetragen werden sollen. Und gehen Klagen darüber an, daß manche Hauseigentümer oder deren Stellvertreter die Listen nicht den Hausbewohnern zur Entgegung vorzulegen, sondern nach eigenem Ermessen die Eintragung befehlen. Es wird die Vermutung geäußert, daß dabei manche Hausbewohner überangen worden ist, namentlich mariner Chausseegarnist oder Schloßhüter. Auch sind wahrscheinlich nicht alle Hauseigentümer die selber die Hauslisten zusammenstellten, darüber im Klaren gewesen, auf wen das Wahlrecht zur Nationalversammlung sich erstreckt. Selbstverständlich hilft sich die Aufstellung der Wählerlisten nicht lediglich auf diese Hauslisten, aber innerlich scheint und die Befürchtung, daß die Unvollständigkeit der Hauslisten doch manchen ein Wahlrecht bringen könnte, nicht ganz unberechtigt. Darum sollte jeder die Anwendung geben, daß er die Listen an der Wählerlisten unter keinen Umständen desammern und unterlassen darf. Die Wählerlisten müssen so nun in kürzester Frist fertiggestellt und zur Einsichtnahme ausgelegt werden.

Demokratisierung der Kriegsbeschädigten.

In den Kreisen der Kriegsbeschädigten herrscht eine überaus starke Erbitterung über die ägernde Erfüllung ihrer Wünsche durch die in Frage kommenden amtlichen Stellen. Namentlich ist man empört, daß die schon seit dem 1. Juli 1918 erteilten Feuerungszuschläge zu den Renten bis jetzt — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — nicht zur Auszahlung gelangt sind. Jetzt, mitten im Winter, warten die Beschädigten noch Tag für Tag auf die Auszahlung der so bitter nötigen Unterstützung. Die Vertreter der Organisation der Kriegsbeschädigten erhalten auf ihre Be-



schweren in der Regel nichts als Rangleitkräfte, die wahrlich nicht geeignet sind, die Kameraden zu beruhigen. Anträge auf Bewilligung oder Erhöhung der Rente, ja einfach gebaltene Anfragen an die militärischen Behörden bleiben nicht nur wochen-, sondern monate-, in nicht wenigen Fällen sogar jahrelang unerledigt. Das muß allmählich in den Kreisen der Beteiligten die bittersten Empfindungen erzeugen.

Am kommenden Sonntag, den 22., findet in Berlin eine große Kundgebung der Kriegsbeschädigten statt, welche die Erfüllung der vorstehend skizzierten Forderungen zum Gegenstand haben wird. Die Kriegsbeschädigten beabsichtigen, nachmittags 4 1/2 Uhr sich vom Lustgarten aus in einem Demonstrationzuge zum Kriegsministerium zu begeben, um dort den Vertretern des Kriegsministeriums ihre dringenden Wünsche vorzutragen und deren sofortige Erfüllung zu verlangen.

### Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Hat die Reichsregierung und der Staatssekretär des Innern eine Verordnung erlassen, monach geschlechtskranke Personen, bei denen die Gefahr besteht, daß sie ihre Krankheit weiter verbreiten, zwangsweise einem Heilverfahren unterworfen und in ein Krankenhaus übergeführt werden können, wobei die Aufrechterhaltung der Kosten sich nach dem Landesrecht regelt. Geschlechtskranke, die den Verdacht ausüben, obwohl sie annehmen müssen, daß dabei eine Ansteckungsgefahr vorliegt, werden mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Bei Ehepartnern und Verlobten tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein. Wer eine mit einer ansteckenden Geschlechtskrankheit befallene Person statlich unterjocht oder behandelt, soll sie über Art und Ansteckungsgefahr der Krankheit und über die Strafbarkeit der Ausübung des Verfalls befehlen.

### Die roten Arbeiterturner.

Die unter diesem Epitheton von Behörden und bürgerlichen Turn- und Sportverbänden, allen von den Deutschen Turnerschaft vor dem Kriege aufs schärfste bekämpft wurden, grühen die neue deutsche Freiheit als das Symbol der Menschheitsliebe und erwarten, daß ihre Bestrebungen in Zukunft auch von jenen Tausenden von Volksgenossen gewürdigt werden, die bis heute noch immer die Reihen der bürgerlichen Vereine füllen helfen. Jener Vereine und Verbände, die während der ganzen Dauer des Krieges in Wort und Schrift durch Bildung von Jugendkompanien Übungen im Handtaranenwerfen die Stimmung zur Fortsetzung des Kampfes bis zum endlichen Sieg feierten. Auf solche Stimmung gestützt, konnten es die Regierenden nur wagen, den Krieg fortzusetzen und Friedensangebote abzulehnen. Die Arbeiterturner sind von Anfang an gegen die Beteiligung an diesem Treiben gewesen und haben ihre friedliebende Tätigkeit trotz der dadurch bedingten Benachteiligung bei allerlei Vergünstigungen aufrechterhalten. Das werden uns auch unsere nun heimkehrenden Turngenossen danken. Wir grühen die Freunde in der Heimat und hoffen, daß sie sich recht bald wieder ihrem alten Verein anschließen und recht viele Kameraden mitbringen. Mögen auch die vielen, der Deutschen Turnerschaft angehörenden Vereine, deren Mitglieder fast nur aus Arbeitern bestehen, prüfen, ob sie auch fernerhin einer Organisation angehören wollen, welche bis zur letzten Stunde mit allen ihren Maßnahmen die zu Boden geworfene Reaktion stützt.

Eine Fülle von neuen Versammlungsorten wird den Berliner Organisationen, Vereinen usw. demnächst zur Verfügung stehen. Der Magistrat beschließt, wie wir hören, die Kule n von 29 höheren Schulen, 10 Fach- und Fortbildungsschulen und zahlreiche Gemeindefesthallen für diesen Zweck freizugeben. Die Räume haben mannigfache Vorzüge: sie sind über die ganze Stadt verteilt, sie gewähren einen anständigen Aufenthalt und es herrscht in ihnen selbstverständlich kein Trinkzwang. Gegen eine geringe Gebühr für Beleuchtung und für den Schuldiener sollen sie den Organisationen aller politischen Richtungen für Versammlungszwecke zur Verfügung stehen.

**Salzheringe.** In den Bezirkskommissionsbezirken 96-102, 106 bis 126 vom 27. Dezember bis 3. Januar auf Sa der Berliner Bezugskarte 1/2 Kilogramm Salzheringe. (1/2 Kilogramm 1,10 M.)

**Straßenabsperrungen.** Aus Anlaß der heute stattfindenden Befreiung der Revolutionsofener werden folgende Absperrungen vorgenommen: Um 10 Uhr Absperrung der Sieges-Allee für Wagen- und Personenverkehr; an der Vellewiesstraße, am Königsplatz und längs der Charlottenburger Chaussee Aufstellung von Posten vor den Denkmälern. Um 11 Uhr Absperrung des Königsplatzes für den Wagenverkehr; um 12 Uhr Absperrung der Charlottenburger Chaussee und der Sieges-Allee; um 1/2 11 Uhr Freimachen der Vellewiesstraße für den Verkehr des Fußgänger; um 12 Uhr Absperrung des Friedrichshains; von 1/2 12 Uhr ab Absperrung der Straße hinter den Linden.

**Dienststunden der Bezirkskommissionen.** Für die Weihnachtsfeier- tage und Neujahr: 25. Dezember kein Dienst, 26. Dezember und 1. Januar Sonntagsdienst, Weihnachtsfeierabend und Silvester die üblichen Dienststunden.

**Die Volkshochschulen in den Weihnachtsferien.** Am Weihnachtstheilabend werden die Anstalten der städtischen Volkshochschulen bereits um 4 Uhr mittags geschlossen. — An den beiden Weihnachtstagen sowie am Neujahrstage bleiben die Volkshochschulen ganz geschlossen.

**Ausschlag des Bankfeiertages vor Weihnachten.** Im Bankgewerbe hatte sich in den letzten Jahren die Einrichtung eingebürgert, am letzten Feiertag vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten die Banken zu schließen und den Angestellten freizugeben. Jetzt soll mit diesem Brauch plötzlich gebrochen und am 24. gearbeitet werden. Diese Maßnahme hat den lebhaften Unwillen der Bankbeamten wachgerufen. Es steht zu hoffen, daß die Bankleitungen ihren unsozialen Beschluß aufheben und damit ihren Angestellten die Möglichkeit geben werden, ihre erste Weihnachtsfeier in Ruhe zu feiern!

**„Anwälte und Kassen.“** Heber dieses Thema spricht Sonntag, den 22., vormittags 10 1/2 Uhr, im Blühensaal, Lübowstraße 76, Max Cohen (Neuf).

**Eine Versammlung sozialistischer Frauen** findet heute, 7 1/2 Uhr abends, in der Aula der Oberrealschule am Hindenburgpark in Wilmersdorf statt. Frau Gertraud Jante hält dort einen Vortrag über: „Die Aufgaben der Frauen im neuen Deutschland“. Zahlreicher Besuch der Frauen, die im sozialen Beruf tätig sind, wird erwartet.

**Geschwindigkeitsverschwinden eines Lustfahers.** Seit dem 4. Dezember ist der Lustfaher Georg Krenkel von der Erlauf-Lustfaherabteilung Reinickendorf unter seltsamen Umständen verschwunden. Er, der kurz vorher aus dem Felde gekommen war, verließ am 4. seine Dienststelle. Bei dieser ist nun vor einigen Tagen ein in Briefform gefaßtes Stück Papier angekommen, das unfrankiert war und auf der Rückseite den Vermerk trug, daß der Finder es zur Post befördern solle. In diesem Brief teilt K. mit, er werde in einem Hause der Molybdäe, dessen Nummer ihm unbekannt sei, in der dritten Etage von einem seiner ehemaligen Vorgesetzten, dem Unteroffizier W., gefangen gehalten. Der Brief ist am 4. Dezember, nachmittags 5-6 Uhr auf dem Postamt SW 11 ausgegeben. Der Unteroffizier W. bestritt, mit der Sache etwas zu tun zu haben. Krenkel ist 22 Jahre alt, blond, schlank, hat ein bogenes Gesicht mit einem Leberfleck auf der rechten Stirnseite. Er trug Abweildung. Sachdienliche Meldungen werden beim Charlottenburger Polizeipräsidium, Kriminalabteilung des Sicherheitsdienstes, Zimmer 27, entgegengenommen.

### „Nicht-positiv Arbeit“ im Neuföllner A. und S. Mat.

Der Neuföllner Arbeiter- und Soldatenrat sollte gestern den Rest der Tagesordnung vom Mittwoch erledigen. Die Sitzung war recht schwach besucht. Koch, der den Vorsitz übernahm, teilte die Amtsniederlegung des bisherigen Vorsitzenden Lachmud mit. In einem Schreiben, das verlesen wurde, begründet Lachmud diesen Entschluß mit den Vorgängen in der Sitzung vom Mittwoch, mit „mehrmaligen Unterbrechungen kurz vorher gefasster Beschlüsse“. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Appich, daß der Soldatenrat gegen ein in Neufölln verbreitetes, vom Vorsitzenden des Volksgangauschusses und vom Vorsitzenden des Soldatenrates unterzeichnetes Flugblatt energischen Protest erhebt. Das Flugblatt enthalte teils Unwahrheiten, teils Verdrehungen. Ein Mitglied beantragte, die Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates bis nach den Neuwahlen im Januar zu vertagen. Dieser Arbeiter- und Soldatenrat sei doch zu einer nicht-positiven Arbeit berufen, weitere Arbeit habe da wohl keinen Zweck. Bis zu den Neuwahlen solle man alles in die Hände des Volksgangauschusses legen. Ein Antrag von Schönebeck, hierüber die Wähler zu befragen, weil das eine Rügeausübung der Mandate bedeuten würde, fand keinen Beifall. Der Vertagungsantrag wurde abgelehnt, und man trat dann in die Tagesordnung ein. Koch stellte fest, daß über den Abschluß der Sitzung vom Mittwoch, die sich mit den Vorgängen vom Montag beschäftigt hatte, irgendwelche Differenzpunkte nicht mehr vorliegen. Niemand widersprach. Da auch zu Punkt 2 „Besprechung der Dezer-nate“ niemand das Wort wünschte, erklärte Koch trocken: Dann sind wir auch damit fertig! Lachmud: So kann es nicht gehen. Der Volksgangauschuss hat doch Beschlüsse gefaßt (Zuruf: Nein!) oder mindestens Vorschläge erhalten und muß darüber berichten. Koch: Er hat nichts beschlossen. Schönebeck ruft: Ich bin nicht hierhergekommen, Komödie zu spielen! Er nimmt Mantel und Hut und verläßt den Saal. Wegen eines erneuten Vertagungsantrag, den Appich stellt, wendet sich Lachmud. Ein anderes Mitglied bemerkt zu der Geschäftsordnung des Vorsitzenden: Das wird ja wie eine Rüge abgeklappert. Koch antwortet gleichmütig: Was wollt ihr eigentlich? Soll ich was anderes behandeln als das, was vorliegt? Geht ihr doch Anregungen dazu! Ich kann irgendeinen Stoff seit Mittwoch nicht vorbringen. Daß die Stadtoberordneten getagt haben, ist dollsgene Tatsache. Darüber zu sprechen erübrigt sich. Lachmud: Mit dem Antrag Appich wäre die ganze Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates erledigt. Dann könnten Sie nach Hause gehen und sich hinter den Ofen setzen. Rein, schnellste Besprechung der Dezer-nate ist nötig, damit der Magistrat sieht, daß wir arbeiten. Sonst wäre auch nicht das Flugblatt der Reichswehrpartei gekommen, das uns vorwirft, wir hätten bisher in der Gemeindeverwaltung nicht mitgearbeitet. Dem Streit machte ein Mitglied ein Ende mit der Feststellung, daß die Versammlung wegen schwachen Besuches gar nicht beschlußfähig war. Danach wurde die Sitzung vertagt.

**Charlottenburg.** Eine öffentliche Sprechstunde für Haut- und Geschlechtskrankheiten ist im städt. Krankenhaus, Kirchstr. 19-20, erichtet. Jeder Kranke erhält dort unentgeltlich Rat und Behandlung. Ueber alle Mitteilungen betreffs der Erkrankung wird Verschwiegenheit zugesichert. — Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 11-12 Uhr vormittags, Dienstags und Freitags von 7-8 Uhr abends.

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer.** Bezirk Charlottenburg. Nächste Versammlung Sonntag vorm. 10 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosinenstr. 4 (Kleiner Saal). Von dort aus Teilnahme an der Demonstration.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

#### An die Parteigenossen, die aus dem Felde zurückkehren.

Reimlaufende Parteigenossen kehren jetzt aus dem Felde zurück. Wie früher, wollen sie auch jetzt mit gleicher Eingabe für unsere Ziele arbeiten. Aber nicht immer sind sie über die beklagenswerte Spaltung in der Partei genügend unterrichtet und alauben, wenn sie ihre Mitgliedsbücher aus den Parteibureaus des 4. und 6. Kreises, in Lichtenberg und Neufölln abholen, daß sie damit auch ihre Mitgliedschaft in der alten Partei fortsetzen. Das ist leider ein Irrtum, sie werden ohne weiteres, meist gegen ihren Willen, der unabhängigen Sozialdemokratie als Mitglieder zugeführt. Wir ersuchen daher alle aus dem Felde zurückkehrenden Parteigenossen, sich im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Tr., zu melden.

Das Bezirkssekretariat.

#### Bestattung der Opfer des 6. Dezember.

Diejenigen Genossen, welche sich heute mittag an der Bestattung der Opfer des 6. Dezember beteiligen, bitten wir, sich bis 11 1/2 Uhr bei Schäfer, Dinsersinstr. 1, Ecke Reichstagsufer, zwecks gemeinsamen Umarmungs einzufinden.

Bezirksorganisation Groß-Berlin.

**Neufölln.** Flugblattverbreitung heute, abends 6 Uhr, von den bekannten Bezirksstellen aus.

**Hennigsdorf.** Am Freitag fand eine von dem Wahlverein der H. S. P. einberufene, sehr stark besuchte Volksversammlung statt. Referent war Genosse Stahl, Spandau, welcher über die Revolution und ihre Wirkung sprach. Neben nahm unter lebhafter Zustimmung der Versammlung gegen die Agitationsart des Spartakusbundes und die wilden Streiks scharf Stellung, befragte die Einberufung der Nationalversammlung und eine Wiedervereinigung beider Parteien. Der erscheinende Korreferent der H. S. P. verzichtete auf das Wort. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen:

„Die Versammlung stimmt den Ausführungen des Referenten zu und spricht sich für baldige Einberufung der Nationalversammlung aus. Sie spricht sich entschieden für eine schnelle Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien aus.“

### Berichtszeitung.

#### Der „Detektivbund“.

Die Nordbat zweier jugendlichen Burschen beschäftigte gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts III. Unter der Anklage des Mordes, des Diebstahls und schweren Raubes standen der 17jährige Arbeiterbursche Fritz Lufus und der 16jährige Johnnieufer-lehrling Hans Schulz. Ihr Opfer ist am 18. Dezember d. J. in Charlottenburg, Weißbergstr. 15, wohnhaft gewesene Schanzwirtin Kaufers geworden. Lufus und Schulz hatten sich in der Ansbacher Straße in Charlottenburg kennen gelernt und gründeten mit zwei anderen Burschen einen sogenannten „Detektivbund“, in welchem Schulz der „Hauptmann“ war. Beide Angeklagten besuchten zusammen mit einem Dritten wiederholt das Kaufersche Lokal, wobei sie Gelegenheit fanden, Geld zu stehlen. Inzwischen hatten sie den Plan gefaßt, die Frau Kaufers zu ermorden und zu berauben, doch hatten schließlich nur die beiden Angeklagten den Mut zur Ausführung des Planes gefunden. Als sie am 18. Dezember dem Lokal der Frau A. einen Besuch abstatteten, waren sie die einzigen Gäste. Nach 10 Uhr setzte sich die Wirtin in einen Sessel, wobei sie den Angeklagten den Rücken zuehrte. Pöblich forderte Schulz mit den Worten: „Jetzt geht es ums Ganze!“ den Lufus auf, das Licht auszudrehen und kürzte sich auf Frau Kaufers. Mit einem metallenen Bjarrenabschneider versetzte er ihr mehrere Schläge auf den Kopf, und als sie sich wahrte, schlug er erst mit

einer Flasche, dann mit einem Eisenblech und schließlich mit einem Stahl auf sie ein, und als sie zu Boden gesunken war, trat er ihr noch mit den Füßen in das Gesicht. Als die Ueberfallene bewußtlos geworden war, nahm ihr Schulz die Taschenkäse aus der Tasche und öffnete damit das Tischfach, in welchem Frau A. ihr Geld bewahrte. In diesem Augenblick fuhr vor dem Lokal eine Droschke vor und nun hielten es die beiden für geboten, durch ein Küchenfenster zu entfliehen. Von da gelangten sie in ihre Wohnung, wo sie am nächsten Morgen verhaftet wurden. Frau Kaufers ist am 31. Dezember den erhaltenden Verletzungen erlegen. Nach dem ärztlichen Gutachten ist Lufus vermindert zurechnungsfähig, während Schulz wesentlich härter psychopathisch veranlagt ist.

Aus dem Verhör der beiden Angeklagten ergab sich, daß die Burschen sehr abenteuerlustig waren. Der „Detektivbund“ hatte nur wenige Mitglieder; diese erhielten als Ausweis eine mit roter Tinte geschriebene und mit zwei Totenköpfen verzierte Mitgliedskarte. Jedes Mitglied erhielt ferner einen besonderen Namen und einen Lederring mit einem Totenkopf und mußte dem Hauptmann „Treue und Gehorsam bis zum Tode“ schwören. Auch verlangte der Hauptmann wiederholt, daß seine Leute, gewissermaßen zum Studium, Diebstähle auszuführen. Als die Burschen nach der Tat entflohen, ohne Geld mitnehmen zu können, äußerte Lufus: „Die Aite ist aber äbe!“ worauf Schulz mit den Worten beipflichtete: „Ja, die Aite ist äbe wie Affenleder!“ Bei der Tat trug Schulz die Uniform der Jugendwehr. Er war einige Zeit vorher bei der Jugendkompanie 106 eingetreten. — Das Gericht erkannte wegen der schweren Raubes und Mordes auf je sechs Jahre Gefängnis unter Anrechnung von je 1 Jahr der erlittenen Untersuchungshaft.

### Aus aller Welt.

#### Bergarbeiterstreik.

Beuthen, 20. Dezember. Auf der Charlottenstraße bei Rhinl trat bei der gestrigen Abendhaft die Belegschaft wiederum in den Ausstand.

#### Eine Folge des Bergarbeiterstreiks.

Essen. Nach Mitteilung des Recklinghauser Bezirks-Soldatenrates ist die Zeche Konfordia bei Oberhausen infolge des Bergarbeiterstreiks erloschen. 1300 Arbeiter werden dadurch arbeitslos.

#### Deutschnationale Korruption.

Aus einem jetzt veröffentlichten Bericht des damaligen österreichischen Landesverteidigungsministers Feldmarschall-Leutnant Gamp an den k. u. k. Kriegsminister vom 30. August 1918 ergibt sich, daß der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Glöckner als Beauftragter für seine Zustimmung zum Budgetprovisorium die Beförderung seines Sohnes, der damals Soldat war, zum Feldwebel forderte. Der Minister sagt in seinem Bericht, daß der junge Glöckner durchaus keine befriedigende Dienstleistung aufzuweisen hatte, aber er sehe sich doch gezwungen, seiner Forderung nachzukommen, und er bitte deshalb, wenn der Kriegsminister die Beförderung nicht vornehmen wolle, den jungen Glöckner zur Landwehr zu überführen, damit der Landesverteidigungsminister die Beförderung im eigenen Wirkungsbereich vornehmen könne.

Ders Glöckner vertrat im Reichsrat und vertritt jetzt in der deutschnationalen Nationalversammlung den deutschnationalen Stützpunkt Gollong. Hoffentlich scheidt man uns diesen Herrn nicht zur deutschen Nationalversammlung!

#### Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Einspruch über einen Ausfall und eine Nummer bei Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Bitte Anfragen tragen man in der jeweiligen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 4 Treppen, 4 bis 7, Sonnabends 3 bis 5 Uhr nachmittags vor. Schriftliche und Beiträge sind mitzubringen.

**H. G. Wenden Sie sich an den Erstgruppenleiter.** Der Heilstruppenteil wird wahrscheinlich demobilisiert sein. — D. G. 99. Erstgruppenleiter ist zuhause. — A. D. 59. Wegen Sie sich mit dem Angehörtenauschuss in Verbindung, eventuell mit der zuständigen Gewerkschaft. — B. R. 100. 1. Kein. 2. Von der Gemeinde, in der Sie Ihren letzten Wohnsitz in Deutschland gehabt haben. — B. R. 75. 1. Kein. 2. England. 3. Kein. 4. Die Jahrgänge 96/98 werden vorläufig zurückgestellt. — H. S. 1877. Wenden Sie sich nochmals an Ihre Erstgruppenleiter. — 2. Ja. Für den Fall der Bedürftigkeit besteht Anspruch auf Weiterzahlung der Röhnung. — H. P. 7. Kein. — G. M. Wir raten vom Verkauf ab. — H. G. 34. Wenden Sie sich nochmals an das Landwehrschaftsministerium. — G. 43. Ja, beim Bezirkskommando. — A. D. 100. An das Kriegsministerium mit einer Bescheinigung. — B. G. 37. Ja. — H. G. 69. 1. Schreiben Sie an den Erstgruppenleiter. 2. Die Soden behalten Sie für sich. — B. G. 23. Kein. — Das Schändlich Am 77. Ihre Ansprüche sind zu Unrecht abgelehnt, beschwerten Sie sich dem zuständigen Generalkommando. — B. 99. 1. Für den nächsten Monat Dezember. 2. Ja. — H. S. 15. Leider hat die Frau anfänglich begründeten Anspruch an den Entwässerung nicht. — G. T. 100. Wegen der endgültigen Entlassung wenden Sie sich an das Ersatzbataillon. Anspruch auf die Entlassungsgebühr haben Sie leider nicht. — Verbandskollege. Voraussetzungen im Februar kommenden Jahres. — H. 38. Uns nicht bekannt. — H. P. 1-4. Solange nicht durch Gerichtsbeschluss das Vermählungsrecht des Mannes beseitigt und der Frau das Getrenntleben gestattet ist, ist auch die Normative der eingetragenen Sachen rechtskräftig, und es kann auf Veranlassung der Soden bzw. des Erlasses Klage erhoben werden.

**C. 2. 27.** Wenden Sie sich an das Polizeipräsidium. — Zahn, Piane. Auch in Preußen besteht die Steuerpflicht in solchen Fällen. Wenn eine mehr als zehnwöchige Arbeitslosigkeit innerhalb des Steuerjahres oder eine erhebliche Herabminderung des Verdienstes eingetreten ist, besteht Anspruch auf Minderung bzw. Erlass. — A. S. 100. 1. a) Ja. b) Beim Fortfall Ihres Wahlvereins. c) Amtsgericht Berlin-Weißing. d) Bis zum Ende des Kalenderjahres 1919. 2. a) Kein. b) bis d) für den Fall der Wiederdung muß die Frau ihr Einkommenrecht geltend machen bzw. beweisen können. Dazu gehören eideschwurliche Versicherungen bzw. Zeugnis von Personen, die Kenntnis davon haben. — 2. 2. 1-3. Jetzt ist es dagegen nicht mehr tun. — H. S. 79. Ja. — G. 31. 1-3. Die Beschriften bestehen heute noch. Dem Erlaßen der Kontrollstelle ist demnach nachzukommen. 4. Ja, falls die Schuhe unbrauchbar sind. — B. G. 191. Nichten Sie Ihre Anfrage an das Polizeipräsidium. — Rehorst, Eisenacher Straße. Nichtzahlung schließt das Wahlrecht nicht aus. — H. 125. 125. Kein. — H. 2. 121. 1. Für die erste Dezemberdekade. 2. Auf die Entlassungsbescheinigung. 3. und 4. Bis einschließlich Ende Dezember. 5. Ja, falls und 7. Unterliegt der Vereinbarung mit der Firma, am besten unter Mitwirkung des etwa im Betriebe vorhandenen Arbeiterrates bzw. der Gewerkschaft. — H. 2. 12. Verengung der Vorbaut, angeboren oder durch Krankheit erworben. — H. G. 23. Ein Einkommensamt für betriebslose Soden gibt es nicht; jedoch können Sie beim Amtsgericht ein Schenkverfahren beantragen. Nichten Sie an die Firma unter Segung einer Kritik durch eingeschriebenen Brief die Aufforderung, die Arbeiten erledigen zu lassen, und drohen Sie an, daß nach Ablauf der Kritik Sie die Arbeiten auf Kosten der Firma ausführen lassen werden. Dementsprechend können Sie auch verfahren und die Kosten in Abzug bringen. — B. M. 214. In solchen Fällen besteht kein Anspruch. 2. Ja. 3. Ja, falls eine der Parteien Kriegsteilnehmer. 4. Ja. 5. Ja, falls die Vereinbarung mit Zustimmung des Mitgliedes erfolgt ist. 6. Falls keine Vereinbarung getroffen ist, wird der Betrag auf die alte Schuld anzurechnen. — Schölerer Str. 1. V. Ihr Schreiben haben wir an den Kaufmann Herrn G. weitergegeben. — M. S. 35. 1. Die Halle. 2. An die Reichsversicherungsanstalt für Anhalt. Wilmersdorf, Bodenackerweg 193. — B. V. 3. Nichten Sie die Anfrage an das Amt für die Arbeit, Wilhelmstraße 75. — Gerstl 72. 1. Leichtere Fälle ja. 2. Ja. — H. 44. Ja, falls im Mietvertrag nichts anderes bestimmt ist. — Knorrbrunn. 1. Polizeistunde 3 Uhr. 2. Wenden Sie sich an den dortigen Magistrat. — H. G. 8. Ihre Tochter ja. Sie nicht. — H. 2. Teufel. Die Arbeitslosenversicherung kommt für Sie leider nicht in Frage. — Frese, Kein. — H. 17. Postfr. 5. — H. 2. 34. Bis zu einer Woche vom Tage der Wiederdung ab zurückgezogen. — R. 3. 14. Der politische Vorstand muß Folge geben werden, falls die Verlobung in einer schonenden Strafbeweis erfolgt. Eine Verpflichtung zur Rückgabe bei der Polizei besteht jedoch nicht, auch kein Anspruch auf Entschädigung für die Zeitverlängerung. — G. M. 6. 10. 1. u. 2. Gerichtlich lassen sich solche Ansprüche nicht geltend machen. Es bleibt nur übrig, sich mit der gewerkschaftlichen Organisation in Verbindung zu setzen. 3. Leider nicht.







# Bürger und Bürgerinnen!

Sonntag, den 22. Dezember, vorm. 11 Uhr,  
im Palais-Theater am Zoo:

## Große politische Kundgebung.

### Auf zur National-Versammlung.

Referent: Philipp Scheidemann.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei, Wahlkreis Charlottenburg.

## Achtung! Arbeiterräte! Achtung!

Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags 4 Uhr  
im Festsaal des Abgeordnetenhauses  
(Eingang Prinz-Albrecht-Str. 86):

## Versammlung

sämtl. Arbeiterräte Groß-Berlins, die auf dem  
Boden der alt. Sozialdemokratischen Partei stehen

Die sehr wichtige Tagesordnung erfordert die Anwesenheit  
aller als Arbeiterräte gewählten Parteigenossen!

Der Propaganda-Ausschuss.

Sonntag, den 22. d. M. vorm. 9 1/2 Uhr, in den Concordia-  
Festsälen, Andreasstr. 64:

## Versammlung der vom Militär entlassenen Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Tagesordnung: 1. Deutschlands Lage und der Bruderkampf  
in der Sozialdemokratie.

Referenten: Eduard Bernstein (A. S. D.), Georg Davidsohn (S. D.)  
2. Freie Waspfade.

Eintritt gegen Legitimation durch Mitgliedsbuch einer der beiden sozialdemokratischen  
Parteien und Mitgliedskarte.

Parteilosen! Es gilt zu der in unserer Abwesenheit vollzogenen Parteispaltung  
Stellung zu nehmen, darum erscheint in Massen!

Die Einkerkerer A. Volz, P. Schröder, E. Seifert.

## Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Sonntag, den 22. Dezember 1918, vormittags 10 1/2 Uhr,  
im Blüthnersaal, Lützowstr. 76:

## Öffentlicher Vortrag „Umwälzung und Aufbau“.

von Max Cohen (Neuh.) über:  
Der Propaganda-Ausschuss.

## Sozialdemokr. Wahlverein Neukölln

Sonntag, den 22. Dezember, vorm. 11 Uhr:

## Gr. öffentliche Versammlungen

in folgenden Lokalen:  
Stern-Lichtspiele, Hermannstr. 49,  
Volks-Theater-Lichtspiele, Hermannstr. 20,  
Hohenstaufen-Säle, Rottbuscher Damm 76,  
Wolfs Gesellschaftshaus, Kirchhoffstr. 41.

## Zwei Versammlungen

für die im Staats- und Kommunaldienst tätigen Beamten  
und Angestellten  
in der Rindl-Brauerei, Hermannstraße 210-218  
und im Deutschen Wirtschaftshaus, Bergstraße 136.

Tagesordnung:  
1. Was will die Sozialdemokratie?  
Referenten: Barth (Red. des „Vorwärts“), Bartels (P.-V.),  
Stähler, Beckmann, Seydhold, Wermuth.

2. Auf zur Arbeiterratswahl!  
Ref.: Heitmann, Kimpel, Neumann, Polenske, Scholz, Wüde  
Diskussion.

Der Vorstand: B. Fiedler, A. Scholz.

## Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Sonntag, den 22. Dezember, vormittags  
pünktlich 10 Uhr:

im Arbeitslosen-Saale des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Liniensr. 83-85:

## Vertrauensmänner-Versammlung.

Tagesordnung:  
Bericht von der Tarif-Ausschuss-Sitzung.

Zulassung haben nur die Vertrauensleute und Deputationsleiter.  
Ohne Legitimationskarte kein Eintritt.  
Der Gauvorstand.

## Zentral-Kranken- und Sterbepflege für Arbeiter

aller Berufe Deutschlands, V. B. a. G. 518 Meissen.

Alle unsere vom Heer entlassenen Mitglieder erlauben wir, sich umgehend unter  
Vorlage ihres Mitgliedsbuches sowie Militärpasses bei unseren Verwaltungs-  
stellen sich wieder anzumelden und den Hebers nach § 6, Ziffer 6, zu unter-  
schreiben, worauf die Wiederaufnahme erfolgt.

Dieselben treten wieder in die vollen Rechte ein, die  
dieselben bereits vor ihrer Einberufung beifassen haben.

Wo die Adresse der Vorsitzenden nicht bekannt ist, wolle man sich direkt nach hier  
wenden und wird dieselbe dann umgehend mitgeteilt.

Meichen i. Sachl., im Dezember 1918.

Die Zentralverwaltung, H. Gamel, Vorsitzender.

## Arbeiterräte!

Am Montag, den 23. Dezember 1918,  
vormittags 10 Uhr,  
in den

Germania-Prachtsälen, Chausseestr. 110:

## Versammlung

aller Arbeiterräte Groß-Berlins

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.  
Der Vollzugsrat, J. A.: gr. Franz Büchel.

Morgen, den 21. Dezember, mittags 12 Uhr, findet auf  
dem Hofe der Garde-Schützen-Kaserne ein

## Verkauf arbeitsfähiger Pferde

statt - Händler haben keinen Zutritt. - Befehl von  
Hofbesitzer, den 18. Dezember 1918.

Berlin-Schützen-Regiment, den 18. Dezember 1918.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Vorwaltung Berlin.  
Tel.: Ami Moritzplatz 10 623, 3078. Bureau: Rungestr. 30.

Sonntag, den 22. Dezember, vorm. 10 Uhr,  
im Volkshaus, Charlottenburg, Rohnenstr. 4:

## Mitglieder-Versammlung

für den Bezirk Charlottenburg.

Tagesordnung:  
1. Bericht der Bezirksleitung Neuwahl  
2. Verbandsangelegenheiten.  
Die neuangeleiteten Mitglieder  
sind hiermit besonders eingeladen.

Die Bezirksleitung.

## Sämtliche Schachtmeister

von Berlin und Umgegend

werden ersucht, sich Sonntag, den 22. Dezemb., vorm. 10 Uhr, in  
Wolfsbüchsen Vereinshaus, Landsberger Str. 80, einzufinden.  
Der Einkerkerer: August Schmidt, Rln., Kaiser-Friedr.-Str. 114.

## Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin - N 54, Linienstr. 83-85.  
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.  
Telephon: Ami Karben 188, 1330, 1587, 9714.

Dienstag, den 23. Dezember, nachmittags 3 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 1):

## Branchenversammlung

der Metallendreher, Revolverdreher und  
Drehmaschinen.

Tagesordnung:  
1. Bericht von der Verhandlung über den Kollektivvertrag.  
2. Diskussion.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Dienstag, den 23. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 5):

## Versammlung

aller in der Metallindustrie beschäftigten  
Formen- und Verfertiger.

Tagesordnung:  
Berichterstattung über die Verhandlungen mit den Unter-  
nehmern.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 23. Dezemb., nachmittags pünktlich 3 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 4):

## Branchenversammlung

der Werkzeugmacher (Schneidbauer, Lehren-  
bauer, Vorrichtungsbauer und Schneid-  
zeugmacher).

Tagesordnung:  
1. Bericht über die Verhandlungen zum Kollektivvertrag.  
2. Diskussion und Beschlußfassung.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das  
Erscheinen aller Kollegen. - Mitgliedsbuch legitimiert!  
Wichtig! Für die Vertrauensleute findet um 3 Uhr im  
Saal 5 eine Vertrauensmännerkonferenz statt, welche zu  
obiger Tagesordnung Stellung nimmt. Jeder Vertrauens-  
mann muß pünktlich zur Stelle sein.

Montag, den 23. Dezember, nachm. 3 Uhr, im Gewerkschafts-  
haus, Engelauer 15 (Saal 1):

## Versammlung

der Metalldrucker Berlins und Umgegend.

Tagesordnung:  
1. Bericht von der Verhandlung über den Kollektivvertrag.  
2. Diskussion, 3. Beschlußfassung.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 23. Dezember, abends 5 Uhr, im Gewerkschafts-  
haus, Engelauer 15 (Saal 4):

## Branchenversammlung

der Rohrleger und Heiser.

Tagesordnung:  
1. Bericht der Schlichtungskommission. 2. Diskussion.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. - Mitgliedsbuch  
legitimiert.

Montag, den 23. Dezember, abends 6 Uhr, im Gewerkschafts-  
haus, Engelauer 15 (Saal 4):

## Große Versammlung

aller Gürtler, Kronenschlosser und Militär-  
effekten-Gürtler.

Tagesordnung:  
1. Bericht über den Kollektivvertrag. 2. Diskussion.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 23. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-  
haus, Engelauer 15 (Saal 5):

## Versammlung

der Schleifer und Galvaniseure.

Tagesordnung:  
1. Bericht über den Kollektivvertrag. 2. Diskussion.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 23. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-  
haus, Engelauer 15 (Saal 1):

## Branchenversammlung

der Bau- und Geldschrankschlosser.

Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zum Kollektivvertrag. 2. Branchen-  
angelegenheiten, 3. Beschlußfassung.  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines  
jeden Kollegen, rechtzeitig zur Versammlung zu erscheinen  
und pünktlich zu erscheinen, da der Saal bis 8 Uhr geräumt  
sein muß.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Die Mitglieder II. Osten und Nordosten, befindet sich seit  
dem 18. Dezember 1918 bei

Otto Häbner, Berlin O, Grüner Weg 65.  
Geöffnet ist dieselbe Freitags, abends von 7-9 Uhr.

S. O.

Am 17. Dezember 1918 starb nach langem für sich allein getragenen Leiden, mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Onkel, Schwager und Großvater, der Zimmermann

## Arno Laukner

im 48. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bitten die trauernden Hinterbliebenen

**Therese Laukner und Kinder.**

Die Beerdigung findet am 22. Dezember 1918, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Parkenagener Friedhofes aus statt.

Zugverbindung 1.40 vom Lehrter Bahnhof bis Seefeld. 175/18

Zentralverband der Zimmerer Deutschl. Jahreshalle Berlin u. Umgeg. Bezirk 18.

Dem Verstorbenen zur Nachricht, daß unser langjähriges u. treues Mitglied

## Arno Laukner

am 17. d. Mts. verstorben ist. Ihre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. Mts., von der Leichenhalle in Seefeld bei Spandau aus statt. 254/10

Um tege Beteiligung erucht Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein (S. P. D.) Bez. Niederbismarck.

Am 17. d. Mts. nach pünktlich unser alter Parteigenosse, der Schlosser

## Reinhold Schneider.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. 243/11

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemindfriedhofes in Alt-Hilfenfeld statt.

Die Mitglieder treffen sich 1/2 Uhr am Bahnhof Niederbismarck.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Dem Mitgliede zur Nachricht, daß unser Kollege der Schlosser

## Hans Schulz

Verhogerer Straße 32/34 am 16. d. Mts. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Blasienfriedhofes in Götterberg - Hohen - Schindler aus statt. 128/20

Nachruf. Dem Mitgliede fernher zur Nachricht, daß unser Kollege, der Friseur

## Otto Kreutz

Kamerunstr. 7 am 8. d. Mts. gestorben ist. Ihre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die trauernde Mitteilung, daß unser lieber Sohn und Bruder

## Otto Kob

im Alter von 18 Jahren nach längerer, schwerer, mit Geduld ertragener Krankheit am 19. Dezember 1918 (am 17. entlassen) ist.

Die Leiche ruht im Hause der trauernden Hinterbliebenen

Friedrich Kob nebst Familie Neufeld, 20. Dez. 1918.

Die Beerdigung findet am Montag, den 23. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 607/6

Am Dienstag, den 18. Dezember, verschied nach längerem Leiden unser lieber Mitarbeiter, der Transportarbeiter

## Anton Wiczorek

Ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen, Kolleginnen der Firma Gebr. Israel, Wl. Neufeld, Sanderstraße.

Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von Trauerhalle, Metzgerstraße 60, aus nach dem Friedhof bei Plus - Gemeinde in Hiltensberg statt. 617/6

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die trauernde Mitteilung, daß unsere liebe Tumschwägerin

## Frieda Fielmann

am Dienstag, den 17. Dez., verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Dez., nachm. 3 Uhr, auf dem Friedhof der Freiheitlichen Gemeinde, Vappel - Allee, statt.

Um tege Beteiligung erucht Die 2. Frauen-Abt. des Turnvereins „Fichte“.

An die Angestellten der Konfektion!

Am Sonntag, den 22. Dezember 1918, vorm. 10 Uhr, im großen Saal der Döggew-Druckerei, Frenzlauer Str. 242:

## Versammlung aller Angestellten der Konfektion.

Thema: Wie man die Angestellten leitet!  
Referenten: Fritz Schmidt, Oreste Weisberg.  
Freie Aussprache, Beschlußfassung. 78/10

Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Vorgänge in der Konfektion und die Freiheiten hinter den Kulissen sollen in der Versammlung aufgedeckt werden. Eure Interessen sollen verdrückt werden.

Erfolgt deshalb pünktlich in dieser Versammlung.  
Zentralverband der Handlungsgeschiffen.

## Kriegsbeschädigte! Kriegerhinterbliebene!

Unsere Forderung auf Berechtigung in der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums ist abgelehnt worden. Der seit 20 Kriegsmonaten drohenden Erhöhung der Renten droht die Gefahr der Abweisung!

## Auf zur Demonstration!

Sonntag, den 22. Dezember, mittags 12 1/2 Uhr.  
Treffpunkt im Lustgarten beim Neuen Dom.  
Der Vorstand der Ortsgruppe Groß-Berlin des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer.  
Geschäftsstelle: Lindenstr. 114. J. A.: Karl Tiedt.

Allen Dienststellen und Firmen, die mit der Flugzeugmeisterei in Adlershof

in Verbindung stehen, wird hiermit bekannt gegeben, daß der Betrieb der Flugzeugmeisterei Montag vollständig ruht. Da auch für die übrigen Wochentage eine Betriebsunterbrechung in Aussicht genommen ist, wird den Interessenten empfohlen, sich tags zuvor telefonisch über die Arbeitszeit zu informieren. In der Weihnachtswoche vom 23. Dezember bis 2. Januar 1919 ist der Betrieb vollständig eingestellt.

A. u. S. Rat Die Kommandantur  
Kunth. H. H. Lucas, St.

1900 cbm umbauter Raum, 12 Zimmer, 3 Kichen, 3 Bäder, gewölbter Keller (Kellerfläche 6000 qm), dazu 700 qm Rechengründe: Waldfläche, Heide, Gemüsegarten, Pflanzengarten, Pflanzengarten, Trockenraum, auf 844 qm Gartenland, Zimmerkeller, 10 in Offenbau, wird am Sonntag, den 22. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr, auf dem Hofplatz in Offenbau, Gumnitzstr. 7, freiwillig zu den Angebotsbedingungen öffentlich versteigert. Angebotsfrist: 7000 Mk. Zuschlag erfolgt, wenn von Angebotsbedingungen Erbieter 7000 Mk. oder mehr geboten hat. Käufers ist auf dem Hofplatz in Offenbau oder beim Eigentümer, Otto Ruch in Freiburg, Gartenstr. 21, einzusehen und wird auf Wunsch von letzterem zugestellt. 539/5

Kranken- und Sterbepflege der Schuhmacher und Berntgenossen Berlins. V. a. G.

Sonntag, den 22. Januar 1919, nachm. 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 10:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorsitzenden.  
2. Bericht des Kassierers.  
3. Diskussion.  
4. Wahl des Vorstandes.  
5. Wahl der Rechnungsprüfer, der Kassierers, des Schlichtergerichts.  
6. Jährliche Rechenangelegenheit.  
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen.  
Mitgliedsbuch legitimiert!  
Der Vorstand:  
H. Busch, Vorsitzender, Bismarckstr. 9. 658/5

Pferde-Verkauf

Am Montag, den 23. Dezemb., 9 Uhr vorm., werden auf dem Reiternhofe der Erlich-Gastabau, Welle-Allianstr. Nr. 46, überzählige Dienstpferde, meistbietend versteigert. Händler ausgenommen. 197/15

Erlich-Gastabau  
1. Garde-Dragoon-Regt.

Wissen Sie?

Ich bin die bekannte

## Magnez Lampe

die ohne Batterie brennt  
(Ich leuchtet - sobald an der Kerze gezogen wird.)

Nur 20 Mk.  
An ich zu haben.  
Schreiben Sie nur an

Alfred Kraus  
Berlin NO 55  
Lippiner-Str. 8

Zigaretten 30 Pfg.,  
40 u. 50 Pfg. Kadnanne an Verbrauch. Pottensender werden sich bedient. 225/3

Fette Gänse  
befragt zum Höchstpreis.  
Heinr. Weber, Agenturen,  
Reinhardtstr. 10, Berlin SW 7.

Strassenhändler!  
Karl Knautschs funktionelle  
Schlichter „Der neue Staat“  
kommt in den nächsten Tagen  
in den Straßenhandel. Hoher  
Preis! 607/3

Walter Ruhn, Berlin SW 11,  
Schöneberger Str. 19.

Tabak-Shag-Pfeifen  
moderne Zigaretten- und  
Zigarren-Spitzen, Dosen u.  
Spazierstöcke.  
Spezialgeschäft von  
Scheunert & Wirth  
3 Blumenstr. 3  
a. d. Wallner-Theater-Str.

Gelegenheitskauf!  
Solange Vorrat ist, verkaufen  
wir eig. schwarze  
Damenpelzkragen  
und Mäntel, Stück nur 42 Mk.  
Rote Fuchskragen  
nur 35 Mk. 191/12

A. Kluss & Co.,  
Große Frankfurter Str. 123,  
im Welt-Alma.

Möbel  
Jeder Art  
preiswert  
Große Auswahl  
Möbel-Lechner  
BERLIN  
Brunnenstraße 7,  
Nähe Rosenhaller Platz.  
Teilszahlung gestattet.  
Heute v. 12-6 geöffnet.



# Die Wahlen am 19. Januar.

## Die neuen Bestimmungen.

Mit Rücksicht auf die Vorbereitung der Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 16. Februar auf den 19. Januar waren einige Änderungen am Reichswahlgesetz notwendig, die im Reichsgesetzblatt vom 20. Dezember veröffentlicht wurden. Bei diesen gesetzgeberischen Änderungen hat sich die Regierung von dem Gedanken leiten lassen, die Interessen der Wählergemeinschaft und der Parteileitungen nach Möglichkeit zu wahren. Es bleiben daher die für die Wählergemeinschaft wertvollen Bestimmungen, nämlich die Auslegungs- und die Einspruchsfrist für die Wählerlisten. Ebenso soll den Parteien solange wie möglich Zeit gelassen werden, sich über die Wahlvorschläge zu verständigen.

Im Verfolg dieser leitenden Idee ist im § 2 der Verordnung im Reichsgesetzblatt, Absatz 1, mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit zwar bestimmt, daß die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht am 30. Dezember (nicht mehr, wie es im § 9, Absatz 2 des Reichswahlgesetzes hieß, „spätestens vier Wochen vor dem Wahltag“) auszulegen sind. Aber die für die Wählergemeinschaft wichtige

## Dauer der Auslegung

bleibt mit dem Zeitraum von acht Tagen bestehen. Die Wähler haben also trotz der Vorlegung der Wahl genau dieselbe Frist, Einsicht in die Wählerliste zu nehmen, wie nach den ursprünglichen gesetzlichen Bestimmungen.

Nach dem 2. Absatz des § 2 sind Einsprüche gegen die Wählerlisten durch die Behörden binnen einer Woche zu erledigen. Dieser war bestimmt: innerhalb der nächsten 14 Tage (§ 9 Abs. 3). Die Bestimmung, daß die Einsprüche gegen die Wählerlisten bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindeverwaltungsbehörde anzubringen sind wird durch die Anordnung des § 2 nicht alteriert.

## Die Wahlordnung

für die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung ist ebenfalls in einigen Punkten geändert worden. (Reichsgesetzblatt Nr. 6888.) § 2, Abs. 3 besagte bisher, daß „in den Städten die Wählerlisten in der Art angelegt werden“ dürften, daß die Straßen nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Namen, innerhalb der Straßen die Häuser nach ihrer Nummer und innerhalb jedes Hauses die Wahlberechtigten in alphabetischer Reihenfolge eingetragen werden. Ausnahme ist diese Bestimmung ganz allgemein gehalten, sie bezieht sich also nicht nur auf die Städte. Die Änderung ist erfolgt mit Rücksicht auf große Industrie- und Gewerbegebiete, denen das Stadtrecht noch nicht verliehen ist, die aber bereits einen städtischen Charakter tragen.

Dem § 20 der Wahlordnung, der von der Bestimmung des Namens handelt, in dem die Wahl vorzunehmen ist, ist ein Abs. 2 zugefügt worden, wonach in großen Stimmbezirken die Wahlen gleichzeitig in zwei verschiedenen Räumen desselben Gebäudes vorgenommen werden dürfen, wenn die Voraussetzung besteht, daß die Wählerlisten nach Geschlechtern getrennt angelegt sind oder sonst geteilt werden können. Beide Räume müßten die vorgeschriebenen Einrichtungen enthalten, in dem zweiten Wahlraum ist der Stellvertreter des Wahlvorstehers zur Leitung der Wahl berufen, es soll für den zweiten Raum auch ein besonderer Schriftführer bestellt werden. Diese neue Anordnung stellt sich als wünschenswert heraus im Hinblick auf die außerordentliche Vermehrung der Wählerzahl und auf den vorausichtlich sehr starken Andrang zur Wahl zu gewissen Tageszeiten. Ausdrücklich sei aber hervorgehoben, daß der zweite Raum nicht etwa eine andere Ecke desselben Wahlraumes sein darf, sondern ein davon getrenntes Zimmer sein muß, daß aber andererseits der zweite Raum nicht etwa in einem anderen Hause untergebracht werden darf.

Im § 8 der Verordnung wird in Abänderung des § 11 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes bestimmt, daß

## die Wahlvorschläge

spätestens am 4. Januar 1919 (statt „spätestens am 21. Tage vor dem Wahltag“) beim Wahlkommissar einzureichen sind. Damit verläßt sich die Zeit für die Einreichung der Wahlvorschläge von 21 auf 15 Tage, eine Maßnahme, die den Parteien die Möglichkeit gibt, ohne Überbürdung ihre Kandidatenliste in Ordnung zu bringen. Absatz 2 des § 8 bestimmt, daß die Wahlkommissare die im § 12 der Wahlordnung vorgeschriebene Aufforderung zur Einreichung der Wahlvorschläge sofort (im § 12 hieß es „spätestens vier Wochen vor dem Wahltag“) zu erlassen haben.

Die Verbindung mehrerer Wahlvorschläge miteinander kann nach § 12, Absatz 2 des Reichswahlgesetzes noch „spätestens sieben Tage vor dem Wahltag bei dem Wahlkommissar schriftlich erklärt werden“. An dieser Bestimmung wird nichts geändert, ebensowenig an der Anordnung des § 17, Absatz 2 der Wahlordnung, wonach die Vorschläge der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen nur bis zum 7. Tage vor dem Wahltag befreit werden können. Auch die Bestimmung des § 18 der Wahlordnung, wonach Bewerber, gegen deren Wahlbarkeit der Wahlkommissar Bedenken erhebt, bis zum 7. Tage vor dem Wahltag befreit werden können, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlags einen entsprechenden Antrag schriftlich stellen, ist unverändert geblieben.

# Die Deutsche Liga für den Völkerbund.

## Was hat Jäch dort zu suchen?

Der Chefredakteur der osmanischen Zeitung „Verteidigung“, Mehmed Zeki Bey, hat dem Bureau der neugegründeten Liga für den Völkerbund folgendes unterbreitet:

„Der Völkerbund ist eine edle Sache und verspricht viel für die Zukunft Deutschlands und seiner Verbündeten, aber nur, wenn Männer mitwirken, die wirklich groß und ehrenhaft vor der Masse der Völker dastehen. Zu meinem Erstaunen habe ich unter den aufgeführten Namen der Gründer auch den des Herrn Professor Dr. Jäch gefunden, und es ist mir unmöglich zu verstehen, daß dieser Mann, der besonders in der Türkei stark kompromittiert ist und auch zu bekannt als Kumpan des früheren Staatssekretärs Zimmermann dasteht, zu dieser Gründung zugelassen sein sollte. Ich erklärte dem Herrn Sekretär, daß die Mitarbeit des Dr. Jäch (der Professorentitel honoris causa wurde ihm von dem früheren König von Württemberg verliehen und es ist bis heute nicht aufgelöst, wie er zu dieser Ehre gekommen ist) den Verfall der neu zu gründenden Liga bedeuten würde, und ich bin gern bereit, meine Anklagen gegen Herrn Ernst Jäch diesem Herrn gegenüber vor den versammelten Mitgliedern der Liga zu erheben.“

Ich wiederhole, ich glaube, daß es mit den Interessen der Liga nicht vereinbar ist, einen Ernst Jäch in ihrer Mitte zu haben, noch viel weniger aber in ihrem Präsidium.

Es ist eine verdienstvolle Tat des Herrn Mehmed Zeki, die Völkerbundliga auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ihrem Ansehen und ihren Zielen durch die Mitgliedschaft Jäch's drohen. Er ist der Hauptschuldige daran, daß das deutsche Volk während des Krieges nichts vom wahren Gesicht der Türkei wahrnahm. Er ist es, der auch im Ausland mit der unser Ansehen so schwer schädigenden Vernichtung der türkischen Armeen in Zusammenhang gebracht wird. Er aber war der Verberrlicher der Clique, die das Blut des armenischen Volkes auf dem Gewissen hat und er hat getreulich Hand in Hand mit diesen Leuten gearbeitet bis zum letzten Augenblick. Wenn Herr Jäch aus dieser Liga ausgeschafft würde, würde das ihr Ansehen bei den anderen Völkern aufs nachhaltigste fördern. Und das will man ja wohl, daß sie im Ausland beachtet wird.

# Personenwechsel im Auswärtigen Amt.

Die Bornaahme des vielgeforderten Revierelements im Auswärtigen Amt scheint erst beabsichtigt, wenn der neue Staatssekretär, Graf Mangau, die Dienstgeschäfte übernommen hat. Er soll dann im Einvernehmen mit dem Räte der Volksbeauftragten die notwendigen Personalveränderungen vornehmen.

# Die Grenzsperr für Elsaß-Lothringer aufgehoben.

Berlin, 20. Dezember. Auf deutsches Drängen ist die französische Grenzsperr über Elsaß-Lothringen für die demobilisierten Elsaß-Lothringer am 14. Dezember 1918 aufgehoben worden. Die demobilisierten Elsaß-Lothringer können daher jetzt in ihre Heimat zurückkehren.

# Um Irrtümer zu vermeiden . . .

Mit dieser Begründung sandte uns Herr Felix Siewert eine Verichtigung, die wir im gestrigen Abendblatt abdruckten, und in der es u. a. hieß: „... lebighich ich bin es gewesen, der dieses Geld, die 450 000 Franken, im Schlosse einem Mann, der vorgab, dort zu wohnen und in dem Paket Bücher zu haben, abgenommen und sie dem Ertisch zwecks Abführung an den Vollzugsrat abgegeben habe.“

Dazu müssen wir bemerken, daß wir immer noch nicht klar sehen. Herr Siewert spricht von 450 000 Franken. Einer Anzahl Zeugen gegenüber aber hat Herr Siewert mehrfach und bestimmt von 600 000 Franken gesprochen, die in dem Paket enthalten waren, also um 150 000 Franken mehr!

Sier liegt das Dunkel, das der Aufhellung bedarf. Um Irrtümer zu vermeiden . . .

# Marine und Kommandantur.

Um die in letzter Zeit verbreiteten Gerüchte über die Kommandantur nachzuprüfen, wandten wir uns an die Kommandantur und erhielten folgende Mitteilungen:

Die Stellung der Kommandantur ist fester gegründet denn je. Von Tag zu Tag wächst ihre Anhängerzahl, so daß sie die gesamte Berliner Garnison hinter sich hat. Entgegenstehende Gerüchte sind auf das Treiben spartalistischer Kreise zurückzuführen, welche bei Unruhen im Trüben fischen wollen.

Ueber das Verhältnis der Kommandantur zur Marine-Division erfahren wir:

Als die Revolution ausbrach und es zu Anfang in Berlin in Folge der verworrenen Verhältnisse an Sicherheitsmannschaften fehlte, wurden von Cuxhaven circa 650 Mann zum Schutz der Regierung und zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Berlin erbeten.

Ohne Wissen und Willen der Kommandantur ist die Zahl der in Berlin weilenden Matrosen mittlerweile durch geheime Werbungen auf circa 3000 Mann angewachsen, von denen aber nur etwa ein Drittel Dienst tun durch Stellen von Wachen in Hotels, Zeitungs- und sonstigen Privatbetrieben. Die übrigen Matrosen halten sich in Berlin auf, ohne daß sie zu irgend einem Dienst herangezogen werden können.

Um diesem Zustande ein Ende zu machen, suchte die Kommandantur sich Gewißheit zu verschaffen über genaue Kopfstärke und Tätigkeit der Matrosen in Berlin. Mitten in die bis dahin ausschließlichen Verhandlungen schloß ein Antrag der Matrosen an die Regierung, sich auf 6000 Mann verstärken zu dürfen und der Republikanischen Soldatenwehr angegliedert zu werden. Diesem Ansuchen konnte die Kommandantur nicht entsprechen, da die mit 10 000 Mann vorgesehene Kopfzahl der Soldatenwehr bereits überschritten war. Die Kommandantur auch noch nicht über die bisherige Tätigkeit der Matrosen Informationen besaß.

In weiteren Verhandlungen, an denen die Vertreter der einzelnen Abteilungen teilnahmen, wurde eine Einigung dahin erzielt, daß diejenigen Matrosen, welche bereits im Auftrage der Kommandantur Wachdienst getan haben, eingesehene Berliner Familienväter und nach Möglichkeit politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, in die Republikanische Soldatenwehr aufgenommen werden. Unlautere Elemente aber, die nach eigener Aussage der Matrosenvertreter in großer Anzahl vorhanden sind, sollten dagegen aus den Reihen der Berliner Matrosen ausgeschieden werden.

Eine zweite Forderung ging dahin, die Matrosen aus dem Schloß herauszunehmen und in einem geeigneteren Depot unterzubringen, da durch das Finanzministerium festgestellt worden war, daß im Schloß durch Angehörige der Matrosen geplündert und auch sonstiger Schaden angerichtet worden war. Die Delegierten der Matrosen erklärten sich wohl und ganz mit diesen Bedingungen der Kommandantur einverstanden!

Die oben erwähnten unlauteren Elemente versuchen deshalb, sich dadurch Anhänger zu verschaffen, daß sie die Matrosen als die unschuldig Verfolgten hinstellen. Auf die Nachschafften dieser Kreise ist auch das Erscheinen der sogenannten Deputation im Abgeordnetenhause am Dienstagmittag zurückzuführen! Im Interesse der Wahrheit kann aber auch festgestellt werden, daß ein großer Teil der Matrosen — vor allen Dingen der wirklich dienfttuenden — sich der Kommandantur und der Bevölkerung Berlins verpflichtet hat und sich alle Mühe gibt, die angezeigten Nachschafften unwirksam zu machen.

Die Maßnahmen der Kommandantur richten sich also nicht gegen die zuverlässigen Leute, sondern nur gegen die das Ansehen der Revolution schädigenden und nur auf Plünderung und Unruhen ausgehenden unlauteren Elemente.

# Die Beerdigung der Opfer des 6. Dezembers.

## Selbst am Grabe keine verfühnlische Stimmung.

Der rote Soldatenbund hat gegen die Teilnahme der Gardefälliere an der heutigen Trauerfeier für die bei dem Zusammenstoß am 6. Dezember in der Chausseestraße Gefallenen Einspruch erhoben. Der Spartakusbund betrachtet danach diese Beisetzung ausschließlich als eine eigene Veranstaltung. Auch eine Anfrage der Kommandantur, ob eine Kranzniederlegung durch diese ebenso beantwortet werden würde wie die Teilnahme der Gardefälliere, hat er dahin beantwortet, daß sich das Fernbleiben der Kommandantur von der Beisetzungseier empfehle.

# Ein sozialistischer Lehrerverband.

Sozialistische Lehrer und Lehrerinnen in München haben sich am 16. Dezember zu einem Verband zusammengeschlossen. Die Münchener Ortsgruppe hat die Vorarbeiten zur Gründung eines sich über das ganze Reich erstreckenden sozialistischen Lehrerverbandes in die Hand genommen und will in einigen Tagen eine sozialistische Schulzeitung „Der Pöbn“ herausgeben. Nähere Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle München, Agnesstraße 20, IV, Rager-Schuster.

# Gegen die deutsch-demokratische Partei!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Bürger haben sich wieder einmal zusammengeschlossen. Der Fortschritt ist über sie fortgeschritten. Und die Heiligkeit des Kapitals wird unter dem Namen Demokratische Republik offenbart. Deshalb nennen sich die Bürger jetzt demokratische Partei. Sie haben sich mit schlichem Handel und Wandel die politischen Freiheiten errungen. In ihrem Wahlaufsatz steht es gedruckt: „Wir wollen die errungenen politischen Freiheiten nicht wieder preisgeben.“ Sie sind ihnen zu einem recht wohlfeilen Preis bekommen worden. Sie haben sie von der Straße genommen, wo bekanntlich das Geld immer zu finden ist, wenn man es aufzuheben weiß. Deshalb will die demokratische Partei das Schicksal Deutschlands weder der Reaktion ausliefern noch der Sozialdemokratie allein überlassen. Das Schicksal möge Deutschland vor der liberalen Republik schützen! Der Bürger kämpft mit den geistigen Waffen des „Berliner Tageblatts“ für sein Privateigentum. Der Bürger wird nur durch Geld interessiert. Was nicht bezahlt wird, ist nichts wert. Die politischen Freiheiten müssen teuer zu stehen kommen. Deshalb heißt es in dem Wahlaufsatz: „Solche Lasten aber können nur getragen werden bei Aufrechterhaltung des Privateigentums und einer Wirtschaftsordnung, die das Interesse des Einzelnen am Erwerb lebendig hält und ihn zu höchster Tätigkeit anspornt.“ Eine schöne Demokratie, wo der Einzelne nach seinem Erwerb Interessen nimmt. Eine schöne Gemeinschaft, wo der Einzelne seine Tätigkeit von der Kasse abhängig macht. Der Bürger läßt sich gehoben, weil er für Bildung und Kunst kämpft. Die Bildung hat er sich nur durch Geld erworben und Kunst ist ihm stets nur Unterhaltung gewesen. Der Bürger verachtet innerlich die Bildung. Er hat sie stets so schlecht als möglich bezahlt. Der Bürger verachtet innerlich die Kunst. Sie ist ihm nie mehr als schlecht bezahlter Schmutz gewesen. Bildung und Kunst sind ihm Ausdruck seines Besitzes, Willig von den Proletariern des Geistes und der Seele gekauft.

Was nützen dem „Volk“ die politischen Freiheiten ohne neue Wirtschaftsordnung. Das Volk fordert Geld, weil es die kulturellen Güter fordert, die eben Geld kosten. Das Volk fordert seinen Anteil an den geistigen Gütern. Um sie zu besitzen, muß man Zeit erwerben. Zeit kostet Geld. Und diese Zeit muß kostenlos geschaffen werden. Der Arbeiter hat dem Bürger das Geld der Zeit verschafft, der Bürger hat es geizig gespart oder vergeudet. Er hat im günstigsten Fall dem Arbeiter ein Almosen gegeben. Darum hat der Bürger die Zeit verwirkt. Mit Recht steht darum das Volk auf. Mit Recht fordert darum das Volk. Aus seiner großen Not heraus. Aus der Not des täglichen und des ewigen Lebens. Und trotzdem ist das Volk bescheiden. Es fordert nur das gleiche Recht von nun an. Die Nachzahlung wird erlassen. Darum möge sich der Bürger hüten, von billigen Forderungen abzuhandeln. Darum keine Stimme der demokratischen Partei. Die demokratische und sozialistische Republik muß aufgerichtet werden. Und deshalb jede Stimme der organisierten Sozialdemokratie! Herwarth Walden.

# Rätekongreß und Nationalversammlung.

Der Propagandaausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hatte gestern abend fünf öffentliche Versammlungen in den größeren Sälen Berlins veranstaltet. Die Versammlungen waren ohne Ausnahme stark besucht. Delegierte des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte behandelten das Thema: Der Rätekongreß und die Nationalversammlung.

Im Germaniaaal in der Chausseestraße sprach Genosse Mattern. Er gab einen Überblick über die Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses und betonte, daß der Kongreß trotz aller Störungen, durch die Schreier auf den Tribünen und die von außen eingetragenen Deputationen erreicht hat, was er im Interesse des ganzen Volkes erreichen mußte. Der Kongreß hat die Grundlage geschaffen, auf der geordnete Verhältnisse in Deutschland gewährleistet sind. Die Nationalversammlung wird eine Weisheit haben, die es ausgeschlossen sein läßt, daß wir in Deutschland je wieder unter die Junker- und Geldadelschaft kommen. Die Sozialdemokratie ist jetzt richtunggebend in Deutschland. Deshalb können wir mit Bestimmtheit hoffen, daß wir am Anfang einer Zeit stehen, welche die Verwirklichung des Sozialismus bringt, zu dem wir nur auf dem Wege über die Demokratie kommen können.

Die Versammlung im Böhmischen Braubau war von etwa 800 Personen besucht. Die Reserate und die Diskussion gaben der Stimmung in der deutschen Arbeiterschaft Ausdruck. Die Versammlung ließ keinen Zweifel, daß die Arbeiterschaft hinter den Beschlüssen der Rätekonferenz steht.

Das Wahlrecht der Schüler. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erklärt folgende Bekanntmachung: Nachdem bestimmt worden ist, daß alle Staatsangehörigen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, das Wahlrecht für die Nationalversammlung besitzen, ist den wahlberechtigten Schülern und Schülerinnen der höheren Lehranstalten und der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten unter Aufhebung aller entgegenstehenden Bestimmungen die Beteiligung an politischen Vereinen und Versammlungen in demselben Maße wie allen übrigen Staatsbürgern zu gestatten.

Eisners „Neue Zeitung“. Unter der händigen Mitarbeit Kurt Eisners erscheint in München ein neues Blatt der unabhängigen Sozialistischen Partei. Es nennt sich „Neue Zeitung“. Kurt Eisner sagt in seinem Leitwort der ersten Nummer unter anderem: Im heutigen Pressegewerbe läuft alles darauf hinaus, im Interesse dieser oder jener Kreise der herrschenden Klassen durch Erzeugung von Worttäuschen das Publikum zu betäuben. In dem Namen „Neue Zeitung“ verbirgt sich ein doppelt bedeutungsvoller Sinn. „Neue Zeitung“ das ist sowohl Kunde neuer Zeit als auch neuer Begriff der Presse. „Neue Zeitung“, das ist der Kampf gegen die alte Zeit und die alte Zeitung.

Nürnberg's Kandidaten zur Nationalversammlung. Die Nürnberg's Genossen haben als Kandidaten zur Nationalversammlung Dr. Adolf Braun und Helene Grünberg aufgestellt.

Von Kiel bis Berlin. Genosse Erich Kuttner hat seinen ersten Revolutionsbroschüre eine zweite folgen lassen, die den Titel trägt: „Von Kiel bis Berlin. Der Siegeszug der deutschen Revolution.“ Verlag für Sozialwissenschaft. Preis 50 Pf.

# Letzte Nachrichten.

## Streik beim Schuhwarenhändler Stiller!

Die kaufmännischen Angestellten bei obiger Firma haben in ihrer gestrigen Versammlung einstimmig beschlossen, am Sonntag, den 21. Dezember, in den Streik zu treten. Die Firma hat trotz der außerordentlich niedrigen Gehälter die berechtigten und von vielen anderen Firmen bereits bewilligten Forderungen abgelehnt.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Münzstraße 20.



